

FORBRYTERE OG ANDRE TYSKERE

AV

WILLY BRANDT

Wer ist Willy Brandt?
Eine Antwort in Selbstzeugnissen

VON PETER KLEIST

ASCHEHOUG

Peter Kreist
Wer ist Willy Brandt?

Was in der Bundestagsdebatte über Brandts Erfurt-Reise seitens der Opposition nur unterschwellig zum Ausdruck kam, das tief eingewurzelte Mißtrauen gegen die gesamten Ost-Kontakte der Regierung Brandt-Scheel und ihre Hintergründe, hier, in Dr. Peter Kleists Untersuchung der eigentlichen politischen Heimat des gegenwärtigen Bundeskanzlers, wird es sehr deutlich. An Hand zahlreicher Selbstzeugnisse Brandts aus seinen in Norwegen erschienenen Büchern, insbesondere aus dem berühmten „Forbrytere og andre Tyskere“, weist Peter Kleist nach, daß zwischen der pro-sowjetischen Einstellung Frahm-Brandts damals, besonders seiner ausdrücklichen Bejahung einer Volksfront-Verbindung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, von der er sich auch später niemals distanziert hat, und seiner heutigen Politik ein

WER IST WILLY BRANDT?

DR. PETER KLEIST

WER IST WILLY BRANDT?

EINE ANTWORT
IN SELBSTZEUGNISSEN

N

NATIONAL - VERLAG · HANNOVER

1970

3. erweiterte Auflage

Copyright by National-Verlag - Hannover

Printed in Germany

Alle Rechte beim Verlag

Gesamtherstellung: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf

INHALTSVERZEICHNIS

Wer ist Willy Brandt?	7
„Verbrecher und andere Emigranten“	9
Rotspanische Einheitsfront für Moskau	15
Beifall für Siegerjustiz	20
„Die politische Entlausung“	31
Klassenkämpfer Willy Brandt	41
Brandt widerrief nicht	51
„Brandt und die Folgen“	57
Anhang: 8 Seiten norwegischer Originaltext	65

WER IST WILLY BRANDT ?

„Willy Brandt“ ist einer der Decknamen, die Herbert Ernst Karl Frahm aus Lübeck in seinen gefälschten Pässen benutzte, als er nach seiner Emigration aus Deutschland für seine Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), eine linksextreme, sowjetfreundliche Gruppierung, in mehreren europäischen Ländern tätig war.

Es ist das erste Mal in der Geschichte Deutschlands und aller anderen nichtkommunistischen Länder, daß ein Politiker, Außenminister und Regierungschef sich eines Decknamens bedient. Es gab bisher nur ein Staatswesen, dessen führende Politiker unter Pseudonym auftraten, die Sowjetunion. Die Uljanow-Lenin, Djugaschwili-Stalin, Skriabin-Molotow, Sobelsohn-Radek, Bronstein-Trotzki, Rosenfeld-Kamenew oder Wallach-Litwinow behielten ihre Tarnung bei, als sie nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarenreiches die Führung der von den Kerenskis gemachten Revolution mit blutigem Terror an sich gerissen hatten.

In der nicht-bolschewistischen Welt war dieser Brauch bisher nicht üblich. Kein deutscher, englischer oder amerikanischer Staatsmann, nicht einmal die kurzlebigen Desperados latein-amerikanischer Diktaturen fanden es für gut, sich als etablierte Politiker der Umwelt unter dem Alias zu empfehlen, das sie etwa in der Zeit geheimer Verschwörung angenommen hatten. Erst die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellte ihren Wählern einen Bundeskanzler-Kandidaten unter Decknamen vor.

Was verdeckt das Pseudonym Willy Brandt? Der deutsche Bürger hat ein Recht auf die Beantwortung dieser Frage. Seine politische Wirksamkeit als Berlins Regierender Bürgermeister, in steigendem Maße aber als Außenminister und Bundeskanzler fordert die Klärung dieser Frage heraus. Ist Willy Brandt ein Mensch, der in der Illusion lebt, er könne durch Unterwürfigkeit das Wohlwollen des östlichen Machtblocks erkaufen? Lebt er in dem Wunschtraum, die Männer im Kreml seien satt und müde geworden und hätten ihre weltumspannenden Ziele vergessen? Hegt er die phantastische Hoffnung, daß die Weltgeschichte am Ende sei und daß die Anerkennung der gegenwärtigen Demarkationslinien in Europa und vielen anderen Teilen der Erde diese durch Krieg und Willkür gezogenen Linien zu ewigen Grenzen friedlicher Nachbarschaft umwandeln würde?

Oder dient Brandt auch heute noch den Zielen und Plänen, die er vor der Bonner Machtübernahme in Wort und Schrift und Tun verfolgte und von denen er sich nie losgesagt hat?

Diese Frage kann jeder eindeutig beantworten, der die politischen Selbstzeugnisse des Frahm-Brandt aus der Zeit von 1933 bis 1946 mit dem Weg vergleicht, den er heute eingeschlagen hat und trotz aller uns als katastrophale Fehlschläge erscheinenden Rückwirkungen zäh und unbeirrbar verfolgt.

Diese kleine Schrift bietet einen Extrakt aus Broschüren und Büchern Willy Brandts, die — besonders wo es sich um Übersetzungen aus dem Norwegischen handelt — mit größter Genauigkeit zitiert sind. Zur Kontrolle werden im Anhang Teile der norwegischen Originaltexte vorgelegt.

VERBRECHER UND ANDERE EMIGRANTEN

Als vor dem Wahlkampf des Jahres 1961, dem sich Brandt als Bundeskanzler-Kandidat der SPD stellte, der CDU/CSU die gesamten Eigenzeugnisse des Kandidaten vorgelegt wurden, zeigte sie zunächst große Neigung, sich dieses Materials zu bedienen, mit dem Brandt und die SPD vernichtend hätten geschlagen werden können. Aber dann scheute sie zurück, weil sie mit Rücksicht auf eigene Parteifreunde ein Tabu nicht zu brechen wagte. „Emigrantenhetze“ war das Tabu, das nicht weniger als das Tabu „Nazi-Vergangenheit“ gefürchtet wurde.

Dieses Zurückweichen vor einem Schlagwort, diese Flucht vor einer notwendigen kämpferischen Auseinandersetzung büßen die Christdemokraten heute auf den harten Bänken der Opposition, während Bundeskanzler Brandt mit kleinen und großen Schritten seine Wege gen Osten zieht.

Dabei war das Schimpfwort „Emigrantenhetze“ ein reiner Bluff, mit dem Brandt sich offenbar gegen die Durchleuchtung seiner politischen Haltung abzuschirmen suchte. Es ging niemals und geht auch heute nicht um die Tatsache der Emigration. Niemand wird die Gewissensentscheidung jener Männer und Frauen anfechten, die das national-sozialistische Deutschland verließen. Aber so wie es nach Brandts Buchtitel „Verbrecher und andere Deutsche“ gab, so gab es auch „Verbrecher und andere Emigranten“. Wir kennen unter ihnen höchst achtenswerte Persönlichkeiten, die mit tiefer Sorge die Kriegführung der Alliierten und

deren Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung verfolgten. Wir erinnern an Lujo von Brentano, der in der Emigration sein Buch „Du Land der Liebe“ schrieb. Aber wir kennen auch Leute wie Klaus Mann, der zur Vernichtung Dresdens „Bravo!“ sagte und schrieb. Oder deutsche Diplomaten und Auslandskorrespondenten, die mit wohlgefüllten Aktentaschen mit Geheimmaterial zu westlichen Spionageagenturen „emigrierten“. Oder die bei Sefton Delmers „Soldatensender Calais“ um den baldigen Einsatz des Morgenthau-Planes besorgt waren. Oder die mit Spionage und Sabotage der Sowjetarmee beistanden, während der deutsche Soldat bei Stalingrad im schwersten Kampf stand. Oder die aus der Schweiz tägliche Meldungen über den jeweiligen Flak-Schutz der deutschen Städte an die Befehlshaber der Terrorbombardements weitergaben. Oder schließlich jene, die in fremden Uniformen deutsche Kriegsgefangene nach gut und böse sortierten und die schließlich im Schmuck dieser Uniformen als Umerzieher ins hungernde Deutschland zurückkehrten.

Daß die Siegeruniform von ihnen selbst als etwas Schändliches betrachtet wurde, hat uns ein Parteifreund Brandts, der frühere Hamburger Regierungschef Brauer, bewiesen. Er zeigte einen Mitbürger wegen Beleidigung an, der von ihm behauptet hatte, Brauer sei in Deutschland als amerikanischer Offizier aufgetreten. Nur durch einen Zufall meldete sich in letzter Stunde ein Zeuge, der die Anklage zu Fall brachte.

Auch Alfred Frenzel kehrte in feindlicher Uniform heim ins Reich. Er hatte sich vor dem Zweiten Weltkrieg in SPD- und KPD-Organisationen nützlich gemacht, zum Nutzen für sich selbst, den er durch Unterschlagungen einheimste. Über die Tschechoslowakei emigrierte er nach England,

wo er die ganz besonders ehrenwerte Stellung als Leiter eines Straflagers für deutsche Kriegsgefangene einnahm. Später ging er zur 311. Bomberschwadron, die sich unter anderem bei dem Dresdener Massenmord Verdienste erwarb. Auch er klagte wegen seiner britischen Sergeanten-Uniform gegen einen Deutschen namens Spandel, aber mit besseren Erfolg als Parteifreund Brauer. Spandel wurde aufgrund eines Meineids des Frenzel zu Gefängnis verurteilt.

Die SPD nahm diesen Mann, der durch das Emigranten-Tabu legitimiert und geschützt war, nicht nur als Mitglied auf. Er zog nicht nur in den Bundestag ein, er kam in den Sicherheits- und in den John-Ausschuß. Zu seinen Kontakten mit dem SPD-Mitglied und CSSR-Spionage-Major Altmann konnte er jetzt mit seinem Dienst-Mercedes fahren. Erst 1961 wurde er gefaßt und verurteilt.

Zugleich mit ihm mußte sich die SPD auch von dem Chefredakteur ihrer „Oberfränkischen Volkszeitung“ trennen, weil er seine Ostneigungen zu offen zur Schau trug. Behrlich wurde während des Zweiten Weltkrieges als Emigrant in Schweden wegen Sabotage-Unternehmungen zugunsten Englands zu dreieinhalb Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Über den Verbleib der 10 000 Schwedenkronen, die ihm sein britischer Führungsmann übergeben hatte, konnte er nur teilweise Rechnung legen.

Behrlich ist heute im DFU-Vorstand und war kürzlich auf Besuch im Kreml.

Die rühmliche Emigrantentätigkeit des SPD-Bundestagsabgeordneten Philip Rosenthal als Vernehmer deutscher Kriegsgefangener in England sei nur beiläufig erwähnt.

Wie hätte man wohl einen Engländer in England empfangen, der nach Deutschland emigriert wäre, um gegen das „kriegshetzerische“ Regime Churchills in Wort und Schrift

zu wettern, um den völkerrechtswidrigen Massenmord des Terrorbombardements oder der Hungerblockade zu verurteilen? Der Strick wäre ihm wie Lord How How sicher gewesen – es sei denn, er wäre in deutscher Uniform im Schutz einer deutschen Besatzungsmacht zum Vollzug eines deutschen Morgenthauplanes an Land gestiegen, um sich in London als Lord Mayor einzurichten.

Im übrigen ist der Irrtum weit verbreitet, Herbert Frahm sei 1933 als SPD-Angehöriger ausgewandert. Das stimmt nicht. Er hatte sich der weit links von der SPD stehenden Sozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen und war dort zum Leiter der Jugendorganisation aufgerückt. Chef der Partei war Max Seydewitz, nach 1945 der erste Berliner Rundfunkintendant der SED und spätere SED-Ministerpräsident von Sachsen. Einer seiner nächsten Mitstreiter war der Chefredakteur des SED-eigenen „Deutschlandsenders“, der frühere KPD-Landtagsabgeordnete Leo Bauer, heute prominenter Mitarbeiter Brandts beim Ziehen der Fäden zu ausländischen kommunistischen Parteien.

Warum der neunzehnjährige Herbert Ernst Karl Frahm, alias Willy Flamme, alias Karl Martin, alias Willy Brandt, im Jahre 1933 aus Deutschland floh, ist bis heute nicht geklärt worden. In seinen Memoiren nennt er seine Flucht „sehr gefährvoll“. Der Fischer Paul Stoß, der ihn über die Ostsee brachte, schilderte in den „Lübecker Nachrichten“ die Reise als sehr gemütlich und völlig störungsfrei. Auch Frahm-Flamme-Martin-Brandt muß später empfunden haben, daß es mit der Bedrohung für einen Neunzehnjährigen anno 1933 nicht gar so ernst gewesen sei. Er hat in späteren Interviews zugegeben, er selbst wisse heute nicht, ob seine Flucht aus Lübeck unbedingt nötig war oder nicht. Tatsache aber ist, daß ihm sein „Fluchtmotiv“ später als Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses da-

zu diene, einen Antrag auf Schadenersatz für ein verpaßtes Studium bei SPD-Innenminister Lipschitz einzureichen und großzügig honoriert zu erhalten.

Frahm landete in Oslo, unternahm von dort aus zahlreiche Reisen, wobei er sich gefälschter Papiere bediente, war nach eigener Darstellung in Paris, Brunn und Berlin und zog für einen längeren Aufenthalt nach Spanien, wo er auf der Seite der roten, internationalen Brigaden als Zeitungskorrespondent tätig war. Bei der Besetzung Norwegens 1940 tarnte er sich mit einer norwegischen Soldatenuniform. Er kam in kurze deutsche Kriegsgefangenschaft und wechselte nach Entlassung nach Schweden über. Das Jahr 1945 sah ihn wieder in Deutschland, zuerst in Nürnberg beim Tribunal der Sieger, später als norwegischen Presse-Major in eleganter Uniform in Berlin. Auch seine Frau Rut trug damals eine norwegische Uniform.

Aber nicht sein Lebensweg als Emigrant ist für uns interessant, sondern seine politische Haltung, seine politischen Bekenntnisse und Ziele. Frahm schrieb unter dem Pseudonym Willy Brandt eine Reihe von Büchern und Broschüren. Doch merkwürdigerweise ist keines seiner literarischen Erzeugnisse mehr greifbar. Die Suche nach ihnen war schwierig. Der norwegische Verlag ebenso wie der Verlag der schwedischen Übersetzungen erklärten sich außerstande, Frahm-Brandts Werke zu beschaffen. Sie seien sämtlich vergriffen. Als ein Schwede auf einer Buchauktion in Stockholm in einem Nebenraum das berühmte „Verbrecher und andere Deutsche“ fand und erwerben wollte, erklärte ihm der erschreckte Auktionator, daß dieses Buch nicht zur Auktion gehöre. Dem Schweden gelang es nach heftigen Auseinandersetzungen, das Buch zu erhalten, nachdem er sich verpflichten mußte, es unter keinen Umständen ins Ausland gelangen zu lassen. Es

dauerte fast ein Jahr, bis wir einige norwegische Originalausgaben der Schriften Brandts aus Privatbesitz beschaffen konnten.

Wir wären bereit, den Einsatz Herbert Frahms für ein Volksfront-Regime in Spanien, sein Werben um Verständnis für die Anarchisten und seine fanatisch klassenkämpferische Haltung an der Seite Moskaus als Jugendsünde zu übergehen, wenn es nur eine Jugendsünde geblieben wäre und wenn er sich von seiner politischen Vergangenheit eindeutig distanziert hätte. Doch davon kann keine Rede sein. Noch nach 1945 hat er eine starke Neigung zur kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront der proletarischen Kräfte nach dem Muster der SED verraten und den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Kurt Schumacher wegen dessen schroffer Ablehnung einer solchen Volksfront herb getadelt.

Ein Mann, der als erwachsener, politisch denkender Mensch noch nach 1945 die sowjetische Politik gegen die Kritik seiner neuen sozialdemokratischen Genossen in Schutz genommen hat, obgleich ihm bekannt war, daß die Sowjetmacht auf vielen Sechs-Millionen-Leichenbergen errichtet worden war und in Ost- und Mitteldeutschland wiederum durch millionenfachen Mord begründet wurde, ein solcher Mann ist kein glaubwürdiger Zeuge gegen den Nationalsozialismus, selbst wenn die Sechs-Millionen-Zahl zutreffen würde. Er muß es hinnehmen, daß der Abbau der deutschen Position gegenüber dem Osten, den er in seiner Außenministerzeit zuwege gebracht hat, und als Bundeskanzler weiter betreibt, unter dem Licht seiner damals geäußerten Meinung betrachtet wird.

ROTSPANISCHE EINHEITSFRONT FÜR MOSKAU

Unter den Selbstzeugnissen Brandts finden wir ein Referat, das er in Paris vor dem erweiterten Vorstand seiner Sozialistischen Arbeiterpartei im Jahre 1937 unter dem Titel „Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien“ hielt. Es zeigt ihn als linkssozialistischen, Kommunisten- und Sowjet-freundlichen Klassenkämpfer. Wir zitieren aus einer Broschüre, in der die SAP damals seinen Vortrag veröffentlichte. Wörtlich heißt es darin:

„Die Russen wollen wirklich Franco schlagen. Und ohne die russische Waffenhilfe wäre es dort unten schon längst aus gewesen. Das muß man ganz klar aussprechen. Aber an diesem Punkte zeigt sich wieder mit ganzer Schärfe das Ineinandergreifen des Fortschrittlichen und Rückschrittlichen. Mit dem aktiven Eingreifen der Russen im vorigen Oktober ist zweifellos ein Bruch in ihrer seit vielen Jahren verfolgten Außenpolitik erfolgt. Sie haben damit begonnen, wieder eine aktive, selbständige außenpolitische Linie zu verfolgen. Und an jenem Punkt deckten sich ihre Interessen mit denen der spanischen und internationalen Arbeiterklasse. Der Einsatz der Russen für die Vernichtung Francos war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit.“

Nicht eine Demokratie, sondern die Diktatur aller proletarischen, klassenbewußten Kräfte ist das Ziel, für das

Brandt sich einsetzte. Er verteidigte den Anarchosyndikalismus gegen dessen Verknennung im Ausland:

„Der spanische Anarchosyndikalismus repräsentiert weitgehend die revolutionären Traditionen des spanischen Proletariats. In ihm sind große moralische Qualitäten aufgespeichert, großer Mut und starke Einsatzbereitschaft seiner Militanten . . . Die Genossen in den meisten Ländern kennen nur ein Zerrbild der anarchosyndikalistischen Bewegung, nämlich das der schrulligen anarchistischen Sekten am Rande der eigentlichen Arbeiterbewegung. Ganz anders in Spanien. Die spanische Bewegung hat sich denn auch im Juli von ihrer großen Seite gezeigt. Sie hat den wesentlichen Anteil an der Niederschlagung des militärfaschistischen Aufstandes.“

Brandt stellte sich in aller Deutlichkeit gegen eine kommunistische Organisation POUM, die sich hartnäckig gegen die Stalinsche Volksfront-Politik wandte. In dem Referat heißt es, daß „im Deutschland 1918/19 die Ebert und Noskes . . . als Einpeitscher auf der anderen Seite der Barrikade gegen die Arbeiterklasse standen“, während in Spanien „die gesamte Arbeiterbewegung einschließlich derjenigen Sektoren, die nicht über die bürgerliche Demokratie hinauszugehen bereit sind, gemeinsam in blutigem Kampf gegen die faschistische Konterrevolution stehen“.

Als sich die POUM im Mai 1937 gegen den kommunistischen Führungsanspruch erhob, wurden ihre Anhänger von den Kommunisten blutig zusammengeschlagen und verhaftet. Einer ihrer Führer, Kurt Landau, wurde verschleppt und ermordet. Als die POUM die fünf Original-exemplare eines Memorandums von Landau, das die



Herbert Frahm alias Willy Brandt
als norwegischer Offizier im besetzten Deutschland



Willy Brandt wird als deutscher Bundeskanzler
von den „Jusos“ mit einem Fackelzug gefeiert

Schuld der Bolschewisten an der Auseinandersetzung festnagelte, von den Empfängern zurückforderte, kamen nur vier zurück, das fünfte fehlte. Es war jenes Exemplar, das man Willy Brandt anvertraut hatte.

Mit gleicher Deutlichkeit wie in seinem Pariser Referat gab Brandt in einem Artikel der SAP-Zeitschrift „Neue Front“ seiner prosowjetischen Haltung Ausdruck. Er schrieb:

„Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig klar, daß der Sowjetstaat sich mit allen Kräften verteidigen und dort, wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfall durch Lenkung ihres ganzen Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte.“

In diesem Aufsatz, der vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geschrieben wurde, stellt Brandt für den Fall eines Krieges den Genossen die Aufgabe, in den Gegnerstaaten der Sowjetunion auf die Zersetzung der Kriegsanstrengungen und auf die Niederlage hinzuarbeiten. Wörtlich schrieb er:

„Der konsequente Defaitismus — d. h. nach Leninischen Definierungen nicht nur Inkaufnahme, sondern planmäßiges Hinsteuern auf die Niederlage des eigenen Landes — hat für unsere Situation seine erhöhte Bedeutung in den Ländern der Antisowjetfront. Demhingegen bleibt in den anderen Ländern die Parole der Verwandlung des Krieges bestehen. Der Krieg enthält für diese Länder zwei Grundtendenzen. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, an allen Fronten

für die Veränderung des Kriegscharakters zu kämpfen, d. h. den Krieg in einen revolutionären Krieg an der Seite der S.U. zu verwandeln. Von dort her sind die besonderen Formen des Klassenkampfes, die gesamte soziale Durchackerung aufzurollen. Die Aufgaben können nur gelöst werden, wenn eine breite Bewegung geschaffen und mit revolutionärer Klarheit erfüllt wird.“

Während des Zweiten Weltkrieges, im sicheren schwedischen Exil, schlägt Klassenkämpfer Brandt neue Töne an. Er wird zum norwegischen Nationalisten. Mit Begeisterung registriert er jede Maßnahme des – nach der Kapitulation völkerrechtswidrigen – norwegischen Partisanenkrieges gegen die deutsche Besatzung. Ebenso leidenschaftlich verurteilt er jede Abwehr der deutschen Truppen und Behörden gegen die Heckenschützen. Jetzt schreibt er seine Bücher „Norge forsätter kampen“ (Norwegen setzt den Kampf fort), „Norges väg mot friheten“ (Norwegens Weg in die Freiheit), „Norge ockuperat och fritt“ (Norwegen besetzt und frei).

Lehrbuch des Meuchelmordes

1942 bringt Brandt das Buch „Guerillakrieg“ heraus, einen Ratgeber für Heckenschützen, mit dem sich Brandt eindeutig gegen die Haager Landkriegsordnung mit ihrem Verbot des Heckenschützenkrieges stellt. Mit diesem Leitfaden des Meuchelmordes leistet Brandt einen Beitrag zur Niederreißung der Dämme, die die europäische Kulturgemeinschaft mit Haager und Genfer Konventionen gegen

die Ausuferung hemmungsloser Brutalität im Kriege errichtet hatte. Der Partisanenkrieg verwischt absichtsvoll die Grenzen zwischen Zivilist und Soldat. Er fordert bewußt den Gegenschlag gegen die Nichtkombattanten heraus, in deren Schutz der Meuchelmörder nach vollbrachter Tat untertaucht. Wer den Massenmord an Frauen und Kindern in Dresden oder Nagasaki bejaht, begibt sich des Rechts, über Auschwitz zu urteilen. Wer mit praktischen Ratschlägen zum Meuchelmord an Deutschen ermuntert, hat kein Recht, über Lidice oder Oradour zu klagen. Wer das Faustrecht der Unterwelt zum wahren Volkskrieg umwertet, überläßt damit auch dem Sieger die Entscheidung, welche Massenmörder als Helden mit Orden und Adelstiteln zu feiern, welche als abscheuliche Unmenschen zu strafen sind.

BEIFALL FÜR SIEGERJUSTIZ

Folgerichtig finden wir denn auch den Autor von „Guerillakrieg“ im Jahre 1945 in Nürnberg als Norweger auf Seiten der Sieger, ihrem Siegertribunal Beifall spendend, die im Osten wegen ihrer Härte lobend, die im Westen wegen ihrer zu laschen Strafpraxis tadelnd. Schon im Jahre 1946 erscheint von Willy Brandt im Osloer Aschehoug-Verlag das Buch „Forbrytere og andre tyskere“ (Verbrecher und andere Deutsche).

Als Frahm-Brandt von der Illustrierten „Quick“ nach diesem Buch gefragt wurde, antwortete er (Quick, 1. Januarnummer 1961): „Richtig übersetzt heißt dieses Buch eigentlich ‚Verbrecher und das andere Deutschland‘.“

Leider ist diese Behauptung Frahm-Brandts falsch. „Andere Tyskere“ heißt „Andere Deutsche“. „Das andere Deutschland“ würde heißen „det andere Tyskland“. Warum scheut Frahm-Brandt die Wahrheit? Er macht seine Mitmenschen dadurch nur mißtrauisch. Wir würden ihm glauben, wenn er sich heute auf das Recht zum politischen Irrtum beriefe, wie wir auch Herrn Wehner und zahlreichen anderen Politikern von heute zu glauben bereit sind, denn wir halten es für unanständig und undemokratisch, Menschen ihr politisches Glaubensbekenntnis von vor 20 oder 30 Jahren vorzuhalten.

Wenn aber Frahm-Brandt uns heute über seine damalige politische Haltung irreführt, anstatt von ihr abzurücken, dann verliert er damit nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern auch das Recht, sich auf den politischen Irrtum seiner vordemokratischen Zeit zu berufen.

Im gleichen Interview mit der „Quick“ fügte Frahm-Brandt hinzu: „Ich habe damals gegen die Kollektiv-Schuld-These geschrieben.“

Nun, das Buch liegt vor uns. Wir haben es sorgfältig, Wort für Wort, studiert, wenn es uns auch starke Überwindung kostete.

Frahm-Brandt hat tatsächlich gegen die Kollektiv-Schuld-These geschrieben. Denn er ist der Meinung, daß nur 99 Prozent des deutschen Volkes schuldig oder – wie er unklar unterscheidet – verantwortlich sind, während das restliche 1 Prozent nicht schuldig ist.

Hören wir den Autor selbst:

„Die Nazis – in Deutschland und anderen Ländern – sind schuldig. Nürnberg hat einen Schuldkomplex aufgerollt, der die wildeste Phantasie übersteigt. Schuldig sind nicht nur die Parteiführer und Gestapo-Terroristen, sondern auch die Gruppen von Junkern, Großindustriellen, Generalen, Bürokraten und Professoren, die mit dabei waren, den Terror und den Krieg zu entfesseln. Diese Gruppen müssen ausgeschaltet werden, ihnen muß der gesellschaftliche Einfluß entzogen werden, wenn es eine Hoffnung geben soll, einen deutschen Rechtsstaat und eine solide antifaschistische Volksherrschaft aufzubauen . . .

Zwischen Nazis und Antinazis steht die große Masse der mehr oder weniger Indifferenten. Ihre Verantwortung ist groß . . .

Die Antinazis – die wirklichen demokratischen Antinazis, nicht die Desperados des Antinazismus und die spätgekommenen Opportunisten – sind nicht schuldig. Aber sie können sich nicht der Mitverantwortung entziehen, daß Hitler an die Macht kam.“ (S. 30).

Frahm-Brandt ist bei der Auswahl seiner Opfer nicht kleinlich:

„Es wäre eine Lüge, zu behaupten, daß die nazistischen Banditen und Torturisten nicht einen sehr großen Teil des Volkes hinter sich gehabt hätten . . . Es wäre ein Wunschdenken, zu meinen, daß irgendeine bestimmte Gruppe oder Klasse immun für das nazistische Gift gewesen wäre. Es ist wahr, daß die Kirchen eine gewisse Unabhängigkeit und Opposition gegen den Totalitätsanspruch an den Tag legten. Aber es gab doch recht viele Priester, die sowohl den Überfallskrieg wie die Hakenkreuzflagge segneten. Es ist wahr, daß die Arbeiter mehr immun waren als andere Schichten. Aber der Nazismus gewann auch unter den Vertrauensleuten der Arbeiterbewegung Anhänger und opportunistische Mitläufer. Mehr als einer von denen, auf die man fast hätte schwören können, daß sie fest bleiben würden, machte einen Handel mit seinem Gewissen und schaffte sich ein Nazi-Mitgliedsbuch an – in den Jahren 1940 bis 42“. (S. 12).

Wer also ist frei von Schuld und Verantwortung? Offenbar nur jene Deutschen, die als Minderjährige auswanderten und als Emigranten ihre aktive Arbeit gegen das Reich nachweisen können. Auf der Suche nach diesen seltenen schuld- und verantwortungsfreien Exemplaren stoßen wir nach langer, ergebnisloser Forschung auf eben jenen . . . Frahm-Brandt, der uns belehrt, daß

„die erprobten antinazistischen Deutschen am besten dazu geeignet sind, die ‚Neuschöpfung‘ vorzunehmen. Die wichtigste Konsequenz von einem nuan-

cierten, demokratischen Gesichtspunkt aus muß sein, daß man die Freunde der Demokratie unterstützt gegen die Feinde der Demokratie“. (S. 31).

Demokratie gegen das Volk

Frahm-Brandt sagt dann auch unumwunden, wer allein für die Leitung und Umerziehung des deutschen Volkes zuständig sei. Auf einer Pressekonferenz im Kopenhagener Palace-Hotel Ende 1947 erklärte er den skandinavischen Journalisten, warum er die Uniform des norwegischen Besatzers mit dem schlichten Abendanzug eines deutschen SPD-Funktionärs vertauschen wolle:

„Es würde besser sein, der einzige Demokrat in Deutschland zu sein, als einer von vielen Demokraten hier oder in einem sonstigen Land, wo jeder selbst weiß, was Demokratie ist.“

Nun wissen wir also, was Demokratie ist: ein einsamer Frahm-Brandt gegen die 70 Millionen des deutschen Volkes; eine von Panzern und Bajonetten der Morgenthau- und Ehrenburg-Besatzer dem deutschen Volk aufgezwungene Herrschafts-Methode. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Regierungsform vom Volk mit nur wenig Begeisterung aufgenommen wurde, daß die aktive Mitarbeit in den von der Besatzungsmacht lizenzierten Parteien nur sehr lahm war.

Es ist ebensowenig verwunderlich, daß aus dem winzigen Reservoir der „erprobten antinazistischen Deutschen“ sich nicht die notwendige Anzahl der fachlich und charakterlich qualifizierten Männer fand, um eine einwandfreie und taugliche deutsche Verwaltung zu besetzen, die das

schwere Werk des inneren und äußeren Aufbaues leisten konnte. Da aber die Absichten der Alliierten im deutschen Wiederaufbau nicht sehr weit gingen, begnügte man sich mit dem Rückgriff auf die zweite und dritte Garnitur, wobei es gewiß nicht zufällig war, daß in diesen Neuaufbau geeignete Instrumente fremder Interessen eingebaut wurden, wie die Fälle John und Frenzel und die zahlreichen Ost-Wanderer aus westdeutschen Rundfunkanstalten be- weisen.

Herr Frahm-Brandt sollte wissen, das die schuld- und ver- antwortungsbeladenen „anderen Deutschen“ eine andere Auffassung von der Demokratie haben als er. Sie haben schon einmal diese bösartige und brutale Verfälschung des Begriffs der Volksherrschaft erlebt, als nämlich der Franzose Clemenceau im Jahre 1918 sagte: „Wir werden den Deutschen die Demokratie verpassen.“

Frahm-Brandt war in seiner Emigration ein Kämpfer für Recht und Freiheit – des norwegischen Volkes. In seinen Büchern hat er sich über die Eingriffe und Übergriffe der deutschen Besatzungsbehörden in die norwegische Ver- waltung – während des Krieges – entrüstet.

Er beklagt die Auswertung der norwegischen Wirtschaft im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft. Maschinen und Waren seien aus Norwegen und anderen besetzten Ländern fortgeführt worden.

„Das lag, was die wirtschaftliche Ausnutzung betrifft, weit außerhalb des Rahmens des Völkerrechts.“
(S. 59)

Man hätte erwarten können, daß er sich nach seiner Rück- kehr nach Deutschland mit der gleichen Empörung gegen die völkerrechtswidrige totale Ausschaltung der deutschen Verwaltung durch die alliierten Besatzungsmächte wen-

den, daß er vor allem ein Vorkämpfer gegen die Schändung des Rechts in Nürnberg werden würde.

Denn in Nürnberg führten die Sieger das deutsche Volk nicht auf den Weg des Rechts zurück. Sie benutzten nicht ihre Macht, die alten Grundsätze des europäischen Rechts feierlich wieder ins Recht zu setzen, sie gingen im Gegenteil daran, diese Grundsätze in einem formalen Rechtsschauspiel Stück um Stück zu vernichten.

Es gibt keinen Rechtssatz — weder des innerstaatlichen Rechts, noch des Völkerrechts oder des Kriegsrechts — der in Nürnberg nicht mißachtet worden wäre. Ob es die Regel „nulla poena sine lege“ (keine Strafe ohne Gesetz), „ne bis in idem“ (in der gleichen Sache darf nicht zweimal gerichtet werden), ob es der Grundsatz der Nichteinmischung der Besatzung in das innerstaatliche Recht des besetzten Landes war, oder der Satz, daß niemand seinem Richter entzogen werden darf, ob es die Regel war, daß das Kriegsrecht der Vergeltung nur während der Kampfhandlungen zulässig ist, ob es das primitivste Grundrecht war, daß niemand in eigener Sache richten dürfe, oder der Grundsatz, daß Ankläger, Richter und Henker nicht in einer Partei vereint sein dürfen, diese und fast alle anderen Grundsätze, die in mehr als zweitausend Jahren europäischer Geschichte zur Sicherung des Zusammenlebens der Menschen und Völker und zur Wahrung der Freiheit des Individuums gegen Übergriffe seiner Obrigkeit aufgerichtet worden waren, sie wurden in Nürnberg zum alten Eisen geworfen, um der Lynch-Justiz der Sieger gegen die Besiegten freie Bahn zu schaffen.

Aufruf zur Liquidierung

Frahm-Brandt, der norwegische Korrespondent in Nürnberg, weiß davon nichts. Er, der so empfindlich war, daß er der Schließung der Universität Oslo ein ganzes Kapitel seines Buches „Norwegens Weg zur Freiheit“ widmete, findet nichts dabei, daß in Deutschland zunächst alle Universitäten und Schulen geschlossen wurden. Daß in Norwegen das Oberste Gericht zurücktrat, gilt ihm als Schande für die deutsche Besatzungsmacht. Daß aber sämtliche deutschen Gerichte geschlossen und nach dem Willen des Feindes neu besetzt wurden, ist für ihn richtig und gerecht. Daß in Norwegen „Nasjonal Samling“ von den Deutschen – oft ziemlich lau – gestützt wurde, ist ihm ein Bruch der demokratischen Rechte; daß in Deutschland Parteien nur mit Besetzungslizenz zugelassen wurden, ist ihm gut und billig. Daß der Chef der Zivilabteilung der Oslo-Polizei im Kriege verhaftet, verurteilt und erschossen wurde, ist ein grauenhaftes Unrecht, der Massenmord an Deutschen nach dem Kriege aber findet seine Zustimmung.

Frahm-Brandt schreibt in seinem Buch „Verbrecher und andere Deutsche“:

„Ich habe mich nie zu einer Begeisterung für Todesurteile aufrufen können, aber so wie die Welt, in der wir leben, nun einmal ist, rechnete ich damit, daß es notwendig sein werde, eine ganz große Anzahl von wertlosen nazistischen Leben auszulöschen.“ (S. 23)

So sitzt Frahm-Brandt also in Nürnberg und stellt fest:

„Robert H. Jacksons vierstündige Rede am 21. November 1945 war ein großes Erlebnis (S. 36). Sie gipfelte in einem Gelöbnis, daß die Ankläger und

Richter dieses Gerichtshofes sich selbst den Gesetzen unterworfen hätten, die gegen die Nazi-Führer gerichtet waren“. (S. 37)

Er schreibt ohne ein Wort der rechtlichen oder sachlichen Kritik den grotesken Satz:

„Die Nazis wurden angeklagt, daß sie während 25 Jahren konspiriert hatten, die Weltherrschaft zu gewinnen.“ (S. 34)

Er findet keinen Einwand dagegen, daß dieser selbstgemachte „Gerichtshof“ der Sieger eine Reihe von „Verbrechen“ erfindet, die in ihrer Schwammigkeit jedem Juristen das Gruseln beibringen könnten, wie „Verschwörung“, „Verbrechen gegen den Frieden“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, „Verbrechen gegen den Geist“.

In größtem Wohlwollen zitiert Frahm-Brandt nach dem amerikanischen, dem englischen und dem französischen Ankläger auch den sowjetischen:

„Rudenko sprach im Namen der Millionen unschuldiger Opfer, die von dem faschistischen Terror betroffen worden waren. Er sagte, daß die Angeklagten einer vollständigen und genauen Rechenschaft gegenübergestellt werden würden in dem Gedanken an die Zukunft und die Sicherung der Völker. Das ist eine Rechenschaft der ganzen Menschheit, eine Rechenschaft, die dem Willen und dem Gewissen der freiheitsliebenden Nationen (!) entspricht. Möge der Gerechtigkeit volle Genugtuung geschehen.“ (S. 39)

War dieser „norwegische Journalist“, der diese Worte aus den Reden Jacksons und Rudenkos für seine Leser auswählte und zitierte, wirklich so kindlich naiv, daß er

die Menschlichkeits-Tiraden des bolschewistischen Anklägers ernst nahm, oder daß er glaubte, die Amerikaner oder Engländer würden nach dem Rezept Jacksons nun auch sich selbst mit dem Nürnberger Maßstab messen? Oder war sein Haß gegen die 99 Prozent schuldiger oder verantwortlicher Deutscher so groß, daß er jede objektive Betrachtung des Nürnberger Dramas überschwemmte?

Geschichtsfälschung gegen Deutschland

Blieb es Brandt verborgen, daß die Massenmörder und Frauenschänder, die Völkerrechtsbrecher, die im Kriege und nach dem Kriege gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit Terrorangriffen gegen ungeschützte Städte und mit Hungerblockade gegen ein ganzes Volk wüteten, nach ihrer siegreichen Heimkehr als Helden gefeiert wurden? Wußte er nicht, daß ein Beschluß des englischen Luftministeriums vom 11. Mai 1940 über den Luftterror gegen die Zivilbevölkerung die Ursache war für die Entstehung des „totalen Krieges“, wie der Amerikaner Crocker in seinem Buch „Roosevelts Road to Russia“ feststellt?

Frahm-Brandt weiß es anders:

„Göring wollte sich als Anhänger einer ritterlichen Kriegführung ausgeben. Aber unter seinem Kommando legte die Luftwaffe Warschau, Kristiansund und Rotterdam in Trümmer. So begann der uneingeschränkte Bombenkrieg“. (S. 85)

Er unterschlägt, daß die drei genannten Luftangriffe unmittelbar im Frontgebiet und nach mehrfachen Aufforderungen zur Übergabe durchgeführt wurden. Er verschweigt, daß England mit seinen nächtlichen Bombenabwürfen auf offene Städte planmäßig die Haager Kon-

vention übertrat, daß am kritischen 20. Mai 1940 die RAF nicht gegen den deutschen Vormarsch in Frankreich eingesetzt wurde, sondern 300 oder 400 Kilometer tief im Hinterland gegen offene Städte marodierte, daß die deutsche Vergeltung drei Monate lang auf sich warten ließ. In der Nacht vom 6. zum 7. September wurde der erste Vergeltungsangriff gegen die britische Hauptstadt geflogen.

Ebensowenig weiß der „Historiker“ Frahm-Brandt, der den Norwegen-Krieg in Norwegen selbst erlebte und in norwegischer Uniform in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet, daß der Norwegenfeldzug ein Wettlauf mit den Briten war, in den sich Hitler nur zögernd und in allerletzter Stunde eingelassen hatte. Frahm-Brandt aber schreibt:

„Man darf auch nicht vergessen, daß er (Rosenberg) es war, der zusammen mit Quisling und Raeder Hitler dazu bewog, Norwegen zu überfallen.“ (S. 87)

Nach Ausschaltung der britischen Ursache ist die Urteilsfindung für Brandt leicht: Der „Überfall“ war ein vorbedachtes Verbrechen, verursacht durch eine Verschwörung der Nazi-Clique mit der Generals-Clique und der norwegischen Verräter-Clique. Also her mit dem Strick!

In gleicher Einseitigkeit wird der deutsche Ostfeldzug behandelt. Der Autor gibt sich große Mühe, nachzuweisen, daß im Kreml ein friedliebender Mann saß, der gar nicht an Angriff dachte. Eine Reihe von Zeugen werden dafür angeführt, daß es sich um einen reinen, unprovzierten Angriffskrieg gehandelt habe. Kein Wort finden wir über die Tatsache, daß die Sowjets auf ihrer Seite der Interessengrenze eine Armee aufgebaut hatten, die weit stärker war als die deutsche. Im Süd-Abschnitt stießen die 600 Panzer der Panzer-Armee v. Kleist auf 2400 Panzer der Heeresgruppe Budjenny. Den Angriff der Sowjets auf

Finnland, Polen und schließlich auf Japan haben die Blätter in Norwegen, die der Emigrant las, vermutlich ihren Lesern unterschlagen, so daß wir ihm nicht vorwerfen können, daß er offenbar nichts davon weiß.

Bekanntlich ist man in der UNO während 15 Jahren nicht dazu gekommen, eine hieb- und stichfeste Definition des Angriffskrieges, des Angreifers zu finden. In Nürnberg war man über solche Spitzfindigkeiten erhaben. Aggressor war der besiegte Feind. Die Forschung nach den Ursachen wurde kurzerhand abgeschnitten, denn sonst wäre man schwerlich zu den so einfachen und für die Alliierten und Brandt so erwünschten einseitigen Ergebnissen gelangt.

Bundespräsident Heinemann hat in seiner Ansprache bei der Bremer Schaffermahlzeit vom 13. Februar 1970 die alte Tatsache erwähnt, daß die Geschichte vom Sieger geschrieben wird: „Und immer schreiben die Sieger die Geschichte so, daß der Unterlegene überhaupt nicht zur rechten Darstellung kommt. Es ist Zeit, meine ich, daß ein freiheitlich demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt“. Da kann man nur zustimmen, aber Heinemann hätte noch hinzufügen müssen, daß sich zum ersten Mal in der Geschichte in einem geschlagenen Volk Publizisten, Politiker und Minister fanden, die diese Geschichtsfälschung gegen das eigene Volk unwidersprochen ließen, ja, sich mit Verve an der Verbreitung der vom Sieger befohlenen „Geschichtsschreibung“ beteiligten.

Nach dem Ersten Weltkrieg war das anders gewesen. Damals wehrten sich die deutschen Regierungen und Parteien, auch die Sozialdemokraten, heftig gegen den einseitigen Schuldspruch des Versailler Diktats. Aber damals saßen ja auch in der Führung der SPD die „Einpeitscher“ Ebert und Noske und noch kein Brandt und kein Wehner.

„DIE POLITISCHE ENTLAUSUNG“

Aus dem Wörterbuch eines Demokraten

Willy Brandt hat in seinem Buch den geschlagenen Deutschen als politische Richtlinie für den Neubau der Demokratie zwei Wegweiser gesetzt: die Rachejustiz von Nürnberg und die „politische Entlausung“, wie er das Kapitel über die Entnazifizierung überschrieb.

Brandt streift gelegentlich den Zusammenhang zwischen Versailles und dem Aufkommen des Nationalsozialismus. Aber im Gegensatz zu Theodor Heuss, der meinte, die Wiege des Nationalsozialismus habe nicht in Münchens Bürgerbräu-Keller, sondern in Versailles gestanden, sieht Brandt den Fehler von Versailles darin, daß die Sieger des Ersten Weltkrieges mit ihrem Opfer zu lasch umgegangen seien und sich durch Eifersüchteleien entzweit hätten. So wären die Deutschen schon frühzeitig und ungestraft vertragsbrüchig geworden. „Deutsche Demokraten und Pazifisten“ hätten rechtzeitig die alliierten Besatzungsbehörden über solche Vertragsbrüche unterrichtet, aber was war mit diesen ehrenwerten Herren Denunzianten geschehen?

„Es geschah, daß solche Deutsche sich an die alliierten Kontrollbehörden wandten, und es geschah, daß sie an die deutsche Reaktion ausgeliefert wurden“. (S. 47)

So schreibt der Chef der SPD, einer Partei, die das Versailler Diktat nur unter Waffengewalt annahm und die in der Weimarer Republik für lange Zeit und in wesentlichen deutschen Ländern als jene „deutsche Reaktion“ regierte. Und er schließt sein Nürnberg-Urteil mit den Sätzen:

„Nürnberg ist ein Prüfstein. Die Deutschen müssen sich für einen klaren Bruch mit der Vergangenheit entscheiden. Je klarer dieser Bruch wird, je weniger man versucht, die Dinge wegzuerklären und die Begriffe zu verwirren, desto leichter wird es sein, einen Ausgangspunkt für ein würdiges nationales Leben zu finden.“ (S. 95).

Wirklich, Nürnberg ist ein Prüfstein, an dem sich die Geister scheiden: nämlich die, die vom Deutschenhaß geblendet sind, und jene, die vom Recht mehr erwarten als ein theatralisches Gewand, unter dem sich die Rache des Siegers verbirgt.

Der andere Prüfstein ist „die politische Entlausung“. Läuse müssen geknackt werden, und Brandt läßt keinen Zweifel, daß er es wörtlich meint. Was aber würde wohl geschehen, wenn ein Nicht-Linker die Forderung erheben würde, Deutschland müsse von gewissen, ausgesprochen deutsch-feindlichen Elementen „entlaust“ werden? Der Staatsanwalt würde ihn wohl zur Rechenschaft ziehen.

Anderen geht es anders. Als der britische Hochkommissar Kirkpatrick seinerzeit den inzwischen widerlegten Verdacht äußerte, sieben ehemalige Nazis hätten sich zu einer „Verschwörung“ zusammengetan (Naumann-Kreis), trat ein Sprecher des Norddeutschen Rundfunks ans Mikrofon, dem der bloße Verdacht der Besatzungsmacht genügte, um auszusprechen: „Diese Leute sind Wühlmäuse, und Wühlmäuse müssen vernichtet werden“.



Willy Brandt besingt Norwegens Krieg gegen Deutschland



Willy Brandt auf Seiten der Richter über Deutschland



Der Jugend gehört die Zukunft (Sohn Lars mit Ritterkreuz)

Über Sohn Peter findet sich im „APO-Adreßbuch 1969/70“ folgende Eintragung:

„Revolutionäre Kommunistische Jugend, Berlin 39, Hohenzollernstr. 7, c/o Peter Brandt“

Dieser Aufruf zum Mord blieb ungeahndet. Ungeahndet blieb bisher auch, daß Frahm-Brandt im Jahre 1946 ein Kapitel seines Buches „Verbrecher und andere Deutsche“ mit einer Überschrift versah, die wir heute wiederum als Titel zitieren: „Die politische Entlausung“. Gemeint ist die von den Feindmächten befohlene Entnazifizierung.

Wir wollen uns hier nicht mit der rechtlichen Bedeutung dieser Formulierung befassen, hinter der vermutlich die Aufforderung zur Liquidierung stand, wenn wir uns der schon früher zitierten Äußerung Frahm-Brandts erinnern, er sei der Ansicht, daß

„es notwendig sein werde, eine ganz große Anzahl von wertlosen nazistischen Leben auszulöschen“.
(S. 23)

Wir wollen auch nicht ergründen, in welchen Kreisen dieser Mensch gelebt haben muß und wie es möglich war, daß dieser Haß in ihm das Gefühl für Recht und Rechtsstaat ersticken konnte.

Tauschgeschäfte mit Menschen

Aber wenn wir jetzt hören, daß Frahm-Brandt in einer Rede den Vorschlag machte, man solle doch den Streit begraben und die alten Vorwürfe hüben gegen die ehemaligen Nazis und drüben gegen die ehemaligen Emigranten gegeneinander aufrechnen, dann scheint es uns doch an der Zeit, den Redner an seine alten Grundsätze zu erinnern und ihm unter anderem einiges entgegen zu halten.

Der Abtausch „Nazis gegen Emigranten“ ist ein schlechtes Geschäft, denn auf der einen Seite stehen etwa 15

Millionen Deutsche, die der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder Organisationen angehörten, und sehr viele weitere Millionen, die als Wähler der NS-Regierung zustimmten oder ihr als Beamte oder Soldaten gehorsam waren. Auf der anderen Seite steht nur eine Handvoll Emigranten, die wohl kaum bereit sein dürften, ihre Posten an die „ehemaligen“, mit NS-Vergangenheit diffamierten Inhaber zurückzugeben.

Brandt berichtet auch von einem anderen Tauschgeschäft:

„Überall, wo in Deutschland politische Versammlungen gehalten wurden, fand eine Forderung mehr Beifall als alle anderen: die Forderung, daß Kriegsgefangene, oder in jedem Fall die Anti-Nazisten unter ihnen, gegen Nazi-Aktivisten ausgetauscht werden sollen. Massenweise wurden Resolutionen an die alliierten Behörden gesandt, aber Monat um Monat verging, ohne daß etwas geschah“. (S. 154)

Vermutlich wußte man bei den alliierten Behörden, daß die Festhaltung von Kriegsgefangenen nach Kriegsende völkerrechtswidrig ist. Vielleicht waren sie auch von der „Menschlichkeit“ der crucifige-Rufer angewidert. Wahrscheinlich wußten sie, daß die Forderung nach Austausch der Parteigenossen gegen Kriegsgefangene von einem deutschen Architekten in den eben lizenzierten Zeitungen veröffentlicht worden war, der glaubte, den Ton der Stunde getroffen zu haben. Kurze Zeit nach seiner Tat wurde er in ein amerikanisches Internierungslager eingeliefert . . . als Parteigenosse.

Die innere Befriedung ist nicht mit ein paar leicht hingeworfenen Phrasen zu bewerkstelligen. Dazu ist zuviel geschehen, wovon Frahm-Brandt in seinem Buch selbst berichtet. Er schildert die Maßnahmen der Alliierten auf dem

Gebiet der „Entlausung“ und läßt keinen Zweifel daran, daß ihm das alles nicht recht genügt.

Einpeitscher Brandt

„Die Franzosen gingen sehr langsam an die Reinigung heran“. (S. 154)

„Reinigung“ heißt es bei Frahm-Brandt. Ohne Anführungsstriche bedient er sich des bekannten Sowjet-Jargons:

„Die Amerikaner gingen bei den Eisenbahnern vorsichtig vor.“ „Polizisten, die in Bremen herausgeworfen wurden, zogen nach Köln um“. „Ein Ingenieur in einer Bremer Fabrik wurde als Nazi entlassen und bekam ein Stellungsangebot in der britischen Zone.“ „Sowohl die Alliierten als auch die deutschen Behörden haben Schlappeheit gezeigt, wenn Nazis sich um Sonntags- und Abendarbeit bei der Trümmerräumung drückten“. (S. 155, 156, 161)

„Die Nazis müssen ohne falsche Sentimentalität behandelt werden“, (S. 161)

verkündete Frahm-Brandt und erregte sich, weil

„Ihre Königliche Hoheit, die Herzogin Viktoria (von Coburg) . . . sich über das blutige Unrecht empörte, daß man ihren Mann verhaftet hatte.“ (S. 149)

Denn der Herzog von Coburg war 1940 nach den USA gereist, in

„Hitlers Auftrag, die Amerikaner zu überreden, sich aus dem Krieg herauszuhalten“. (S. 150)

Solche Verbrecher gehören also hinter Schloß und Riegel!

„Wer nicht blind war, der mußte indessen einsehen,

daß es besonders in einem Land wie Deutschland – mit seinen reaktionären bürokratischen Traditionen – nicht darum ging, unpolitische sondern antinazistische Beamte zu finden“ (S. 157),

die also anstelle der 99 Prozent Nazis und Nicht-Anti-Nazis die Herrschaft übernehmen sollten.

So schildert Frahm-Brandt denn, daß im Januar 1946 bei den Amerikanern 117 000, bei den Engländern 53 000, bei den Franzosen 11 000 „Nazi“-Gefangene einsaßen, daß ferner bei den Amerikanern per 1. Februar 1946 220 000 Nazis aus der Verwaltung und aus der Wirtschaft entfernt worden waren, während 38 000 weitere Personen, zum großen Teil Angehörige freier Berufe, „entfernt“ wurden. Die Franzosen hatten schon Anfang November 1945 zwei Drittel aller Bürgermeister „herausgeworfen“. (S. 149–161)

Für die britische Zone beklagte er, daß

„die Verhaftung unter den nazistischen Großkapitalisten auf sich warten ließ . . .“ (S. 158)

„Reaktionäre Beamte fühlen sich allzuschnell wieder sicher, und das nicht nur in der englischen Zone.“ (S. 157)

Aber für die Sowjetzone heißt es, daß man dort mit den kleinen Nazis recht verständnisvoll umging.

„Sonst aber war die Reinigung sehr radikal. In Sachsen entfernte man z. B. 95 Prozent aller Personen, die mit dem Justizwesen verbunden waren, und 92 Prozent aller Lehrer“. (S. 154) Die Russen veröffentlichten keine Statistik, aber es war bekannt, daß z. B. das neue Sachsenhausen ganz gut ausgenutzt wurde“. (S. 149)

Es geht Frahm-Brandt nicht auf, daß mit seiner „politischen Entlausung“ sämtliche Begriffe des Privat- oder Eigentumsrechts, des Straf-, Staats- und Völkerrechts mißachtet wurden.

Er findet kein Wort der Kritik, wenn er von den Angehörigen der Kategorie III berichtet:

„So bleibt es ihnen überlassen, zu beweisen, ob sie zu den Aktivisten gehören oder ob sie in die vierte Kategorie überführt werden können“. (S. 160)

Entnazifizierung als Klassenkampf

Es geht dem einsamen Demokraten auch nicht auf, daß die politische und bürgerliche Existenzvernichtung für Reaktionäre, Großgrundbesitzer, Großkapitalisten, Militaristen, Beamte, Professoren und Lehrer einer radikalen Durchführung des Klassenkampfes im deutschen Volk gleichkam, dessen gesamte Führungsschicht einer Periode äußerster Kräfteanspannung hier „eliminiert“ wurde. Er sieht sich im Gegenteil als Hüter dieser „Reinigung“ und erhebt mahnend seinen Finger, wenn irgendwo ein früherer SA-Mann (!) auf einer Schreibstube Formulare ausfüllt oder wenn ein Fabrikbesitzer es wagt, in seiner eigenen Fabrik als Buchhalter unterzutauchen.

Frahm-Brandt mahnt, daß die Nazis

„eine Reserve außerhalb ihres früheren Mitgliederkreises hatten. Zu dieser Reserve gehört ein Teil der früheren Soldaten“. (S. 152)

Er malt ein düsteres Bild von den Gefahren, die diese Leute, wenn sie in Freiheit blieben, bedeuten könnten.

„Es gibt selbstverständlich eine recht große Menschenreserve, aus der man Terroristen und andere Verbrecher rekrutieren kann.“ (S. 151) Aber auch „die

ungefährlichen Nazis sind nicht unschuldig . . . sie können nicht damit rechnen, so ohne weiteres hingenommen zu werden.“ (S. 152)

Frahm-Brandt hat offenbar kein Gefühl dafür, daß es ungerecht sein könnte, das „Nazi“-Regime nur als ein System des vorbedachten, verbrecherischen Terrors zu schildern und gleichzeitig jeden, der diesem angeblich historisch einmaligen Terror unterworfen war, als Mitschuldigen zu verurteilen. Wenn man auf diesem unsinnigen Standpunkt verharret, dann müßte man nach einer Wiedervereinigung um die ganze SBZ einen Stacheldrahtzaun ziehen, um sich der Gefahr der 17 Millionen „kommunistisch-verseuchter“ Volksgenossen zu erwehren.

Recht und Unrecht – zweierlei Maß

Frahm-Brandt berichtet in seinen Norwegen-Büchern viel über den aktiven Widerstand der Norweger gegen die deutsche Besatzungsmacht. Er, der antimilitaristische Linkssozialist, schildert mit Begeisterung die Kriegsmoral der Norweger, die Einsatzbereitschaft der Jugend, den Kampf der norwegischen Seeleute. „Eine Woge nationaler Opferbereitschaft ging über die Schiffe“.

Begeisterung für den nationalen Widerstand gegen die Besatzungsmacht auf der einen Seite, Kollaboration mit der Besatzungsmacht auf der anderen Seite.

Frahm-Brandt läßt uns keinen Augenblick im Zweifel, wo er damals stand. Er bejaht im großen ganzen sämtliche Maßnahmen der Feindmächte gegen die überwiegende Masse des deutschen Volkes. Er bejaht die totale Einmischung der Besatzungsmächte in die inneren Angelegenheiten des besiegten Landes. Die Begründung macht er sich sehr einfach:

„Nachdem der tragikomische Epilog in Flensburg abgewickelt war, gab es keine deutsche Regierung mehr.“ (S.9)

So einfach war das also. Flensburg – ein tragikomischer Epilog? Es gehört ein Rechtsempfinden ganz besonderer Art dazu, die entwürdigende Behandlung der deutschen Reichsregierung durch die Schergen der Besatzungsmacht nach der Kapitulation als „tragikomischen Epilog“ abzutun. Es gehört eine totale Unkenntnis des Völkerrechts und des Kriegsrechts dazu, die Gefangennahme einer ganzen Regierung gutzuheißen, womit man sich den Vorwand schuf, die Verwaltung des ganzen Landes bis ins letzte Dorf zu übernehmen.

Und so einfach findet sich dann ein Grund, die alliierte Besatzung zu loben, weil sie sich bald außerstande sah, das zerschlagene Land zu verwalten, und nun den Antifaschisten einige Zuständigkeit in die bewährten Hände gab. Wie gut macht sich da der Vergleich mit Norwegen, wo Frahm-Brandt mit Abscheu registriert, daß die deutsche Besatzungsmacht immer mehr Zuständigkeiten an sich riß. Daß der Ausgangspunkt genau umgekehrt lag, wird unterschlagen, ebenso, daß der norwegische Widerstand mit der Wandlung des Kriegsglücks sich versteifte und deutsche Abwehrmaßnahmen erzwang.

Es ist ganz unbegreiflich, wie ein Mensch mit demselben Gehirn jede Zwangsmaßnahme und jeden Völkerrechtsbruch im Kriege gegen Norwegen verurteilen und zugleich jede Zwangsmaßnahme und jeden Völkerrechtsbruch gegen sein eigenes Volk nach dem Kriege gutheißen und noch nach mehr verlangen kann.

Wenn ein Norweger im Kriege nach Deutschland emigriert wäre, die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen

hätte, um dann nach Norwegen zu gehen und ein deutsches Strafgericht nicht nur zu begrüßen, sondern zu noch härterem Griff gegen sein eigenes Volk zu ermuntern, wie Frahm-Brandt es in Nürnberg tat, – welche Aussichten hätte er heute, falls er noch leben sollte, Norwegens Außenminister und Ministerpräsident zu werden?

Ein Vergleich mit Pétain, Quisling oder Wlassow ist schlechthin nicht möglich.

KLASSENKÄMPFER WILLY BRANDT

Verbrecher und andere Deutsche? Die anderen Deutschen, zu denen Brandt sich und wenige seiner ultralinken Freunde rechnete, waren sehr harte Richter über alle Maßnahmen, die Deutschland gegenüber den besetzten Ländern getroffen hatte. Sie hatten dagegen Verständnis für alle gleichen und vielfach sehr viel brutaleren Maßnahmen anderer Völker gegen die Deutschen.

Brandt ist nicht kleinlich, wenn er deutsche Verbrechen oder Kriegsmaßnahmen darstellt, die er als Verbrechen bezeichnet, aber er schildert Verbrechen gegen das deutsche Volk entweder gar nicht oder er verniedlicht sie oder entschuldigt sie verständnisvoll als Reaktionen. Er registriert ausführlich Erschießungen norwegischer Saboteure oder Heckenschützen. Er berichtet aus Frankreich:

„In Frankreich wurden im Laufe der Okkupationsjahre 29 000 Geiseln erschossen, 11 000 davon in Paris“. (S. 63)

Die richtigen Zahlen nennt Otto Abetz („Das offene Problem“, Köln, 1951): „In Wirklichkeit betrug die Zahl der vom Militärbefehlshaber bis zum 1. Januar 1942 erschossenen Geiseln 498, während vom 1. Juni 1942 bis zur Räumung von Paris 1944 durch den Höheren SS- und Polizeiführer 254 Sühnepersonen erschossen wurden.“ (Wozu bemerkt ist, daß „Sühnepersonen“ nicht aus der Prominenz der Ortschaften gewählte Geiseln waren, sondern Häftlinge, die wegen politischer oder krimineller Straftaten in französischen Gefängnissen einsaßen.)

Von der Millionenzahl deutscher Todesopfer der Vertreibung weiß Brandt nichts. Er meinte, sie müsse noch durch „eine ganz große Anzahl“ weiterer Hinrichtungen erhöht werden, auch wenn den westlichen Bourgeois bei der Aufknüpfung deutscher Bourgeois die Hände zittern würden. Aus Belgien seien Maschinen im Wert von 677 Millionen Mark geraubt worden, sagt Brandt anklagend. Aber ohne Anklage stellt er fest:

„Deutschland wird sicherlich nicht mehr als ein Drittel seiner Maschinen behalten dürfen . . . vielleicht wird es auch nur ein Viertel sein.“ (S. 270)

Aber das hat doch sein Gutes, denn

„der Mangel an Maschinen kann indessen die Triebfeder sein, um neue Produktionsmethoden zu erfinden.“ (S. 271)

Der Anschluß Österreichs, Erfüllung alten Traums aller Deutschen, war ein Verbrechen:

„Man wußte von Anfang an, daß der ‚Anschluß‘ mit Betrug und Gewalt durchgesetzt worden war.“ (S. 49)

Aber der Raub von einem Drittel alten deutschen Kulturbodens durch Polen ist eine Sache, die nicht zu kritisieren, sondern nüchtern zur Kenntnis zu nehmen ist:

„Die planmäßige Polonisierung, die schon stattgefunden hat und die weitergehen wird, bis die Friedenskonferenz sich versammelt, deutet indessen darauf hin, daß ‚neue Tatsachen‘ von dauerhaftem Charakter geschaffen werden.“ (S. 307)

In freier Phantasie wird auf der einen Seite angeklagt:

„Die Naziführer waren wirklich auf die Weltherrschaft aus . . . “ (S. 57)

Auf der anderen Seite aber ist der Griff der Sowjetunion nach Ost- und Mitteleuropa nichts anderes als Streben nach Sicherheit. (S. 140)

„Klar völkerrechtswidrig war auch die nazistische Zwangsrekrutierung und Deportation von Sklavenarbeitern“,

schreibt Brandt auf S. 60 seines Buches. Aber die Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener und „Nazis“ nach dem Kriege kränkt sein Rechtsempfinden nicht, im Gegenteil, er findet es ganz in Ordnung, wenn die Besatzungsmächte die schuldigen Deutschen zu „körperlicher Arbeit“ anhalten. (S. 160)

Brandt bringt es fertig, ohne Zögern zu schreiben:

„In allen Ländern arbeiteten die Okkupanten zusammen mit Verrätercliquen“ (S. 61),

und es zugleich

„als die natürlichste Sache der Welt“

zu finden, daß im besetzten Deutschland Leute mit den Vollstreckern des Morgenthau-Planes zusammenarbeiteten, denn

„eine deutsche Regierung gab es ja noch nicht“. (S. 177)

Brandt weiß nichts davon, daß der Strom von (privatem) Beutegut aus Deutschland nach England so umfangreich war, daß der britische Schatzkanzler um die Stabilität seiner Währung bangte. Er hat nur von einer geraubten Uhr zu berichten und fügt hinzu:

„Alles, was in dieser Richtung geschah, kann erklärt werden. Es ist ein Kinderspiel im Vergleich zu dem, was Himmlers Banden taten, wo sie sich aus tobten.“ (S. 183)

Und wenn ihn jemand darauf stößt, was unter der Sowjet-Besatzung geschah, so hat er auch dafür eine Erklärung:

„In Berlin kam es vor, daß deutsche Verbrecher in russischen Uniformen auftraten und plünderten und mordeten.“ (S. 182)

Freispruch für die Sowjets

Dieser Freispruch für die kommunistischen Besatzer ist eines der Hauptanliegen des Frahm-Brandt. Wir finden in seinem ganzen Buch keine grundsätzliche Kritik an den Methoden der Sowjets, während der Westen wegen seiner zögernden „Entlausung“ oft getadelt wird.

Herbert Frahm hatte sich, wie früher schon erwähnt, der Sozialistischen Arbeiterpartei unter Max Seydewitz (später SED-Ministerpräsident in Sachsen) angeschlossen, die zwischen SPD und KPD lag. Das könnte eine Jugendtorheit des damals 19jährigen gewesen sein, wenn er nicht nach dem Zweiten Weltkrieg wieder die gleiche Sinnesart verriete. Wir haben in den vorigen Kapiteln schon einige Zitate gebracht, die zeigen, daß der Antifaschismus des norwegischen Pressekorrespondenten sich nicht in einer hemmungslosen Bekämpfung des Nationalsozialismus und der Nationalsozialisten erschöpfte, sondern, daß er darüber hinaus die reaktionäre Beamtenschaft, die kriegslüsternen, auf Weltherrschaft erpichten Militärs, die Junker und Wirtschaftsführer, die Professoren und Pfarrer, kurzum die gesamte bürgerliche und großbürgerliche Schicht als feindlich und gefährlich anprangerte, soweit sie sich nicht in einzelnen Exemplaren als entschiedene und rechtzeitige Antifaschisten bewiesen hatten.

Hier sind noch einige weitere einschlägige Zitate:

„Die Nazi-Organisationen und die Wehrmachtsführung waren willige Helfer bei Überfällen und bei der Mordpolitik.“ (S. 57) — „Goerdeler und der Großteil der militärischen Fraktion (des Widerstandes) waren keine Demokraten.“ (S. 126) — „Papen wurde (in Nürnberg) als der gewissenlose Intrigant charakterisiert, der er war.“ (S. 89) — „Rudenko übertrieb kaum, als er feststellte, daß das Wehrmachtsoberkommando das Auswärtige Amt und die Gestapo zu einer Einheit verbunden waren — eine teuflische Dreieinigkeit könnte man sagen.“ (S. 76) — „Jackson betonte, daß der Nazismus an die Macht gekommen war mit Hilfe der ‚bösen Allianz zwischen den extremsten Nazi-Verschwörern, den hemmungslosesten deutschen Reaktionären und den aggressivsten deutschen Militaristen‘. An einer anderen Stelle seiner Rede bezeichnete er die Industriellen und die Monarchisten als die Bundesgenossen der nazistischen Banditen-Führer.“ (S. 41)

Es geht also um einen Klassenkampf eindeutig marxistischer Prägung. Frahm-Brandt ist sich klar darüber, daß die „Reaktionäre“ in den westlichen Besatzungsmächten bei der blutigen Durchführung dieses Klassenkampfes nicht mit voller Begeisterung dabei sein würden.

Klassenkampf mit dem Strick

„Es ist schwerer zu verstehen“, so beklagt er sich, „daß das gleiche Frankreich, das später eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit bekam, in größerem

Maßstab als andere Mächte ausgesprochen reaktionäre Elemente unter den Deutschen förderte.“ (S. 145)
„Gleichzeitig vertrat ich die Ansicht, daß den ‚Vansittart-Leuten‘ die Hände zittern würden, wenn die Urteile vollstreckt werden sollten, und zwar nicht nur gegen Nazi-Führer und Gestapo-Büttel, sondern auch gegen deren Helfer unter den Generalen und Generaldirektoren. So ist es auch geschehen.“ (S. 23)

Gegenüber dem Osten machte Frahm-Brandt kaum solche Einwände. Er hört zwar von Roheiten bei der Austreibung der Sudetendeutschen. Einige Leute sollen zu Tode gekommen sein.

„Auch Vergewaltigungen kamen vor.“ (S. 219)

Aber schon ist auch eine Erklärung da:

„Eine große Anzahl von Sudetendeutschen beging Verrat gegen die tschechoslowakische Republik, die ihnen trotz allem sehr große Minderheitenrechte gegeben hatte.“ (S. 221)

Unsere Sudetendeutschen werden das gebührend würdigen!

Über Arno Behrisch, dessen schwedische Heldentaten er verzeichnet, berichtet er uns, daß dieser wackere Deutsche

„viel an Prag dachte. Er hoffte zutiefst, daß die Tschechen einigermaßen mit heiler Haut durch den Krieg kommen mögen. Sie müßten dabei sein, wenn alle Völker, die gekämpft und gelitten hatten, ihre Truppen zur Siegesparade nach Berlin schicken würden.“ (S. 218)

Von dem Massenmord an Deutschen in Polen spricht Frahm-Brandt nicht, aber er nennt die Gebiete hinter der Oder-Neiße-Linie beharrlich „Neupolen“, mal mit, mal ohne Anführungszeichen, und das zu einem Zeitpunkt,

wo noch kein Pole es wagte, diese Gebiete als polnisch in Anspruch zu nehmen!

Auch für die Sowjets gibt es bei Frahm-Brandt die Entschuldigung:

„Und so gibt es niemanden, dem es unverständlich erscheint, daß in der Sowjetunion ein starker Haß und ein starker Drang nach Rache aufflammte.“
(S. 77)

Doch wir erfahren nicht, in welchem Ausmaß Haß und Rachsucht sich austoben. Im Gegenteil:

„Ehrenburgs weitgehende Schreibereien wurden noch vor Kriegsende von führender Parteiseite desavouiert.“ (S. 140)

„Das Ziel der russischen Politik gegenüber Deutschland war bestimmt von den Hauptforderungen, die sich auf Schadenersatz und Sicherheit erstreckten.“
(S. 141) „Es wurde nicht das Programm des Bolschewismus, sondern das des Antifaschismus lanciert. Die Kommunisten wurden favorisiert, doch sie erhielten kein Monopol.“ (S. 141)

Frahm-Brandt leugnet nicht, daß „sehr gravierende Übergriffe“ vorkamen, aber das sei auch im Westen passiert. Er berichtet, daß im Oktober 1945 in Sachsen 782 Russen wegen Desertion, Plünderung und Notzucht hingerichtet worden seien. Aber:

„Man soll sich weiterhin klar darüber sein, daß Schändungsgeschichten die Eigenschaft haben, die Phantasie der Leute in Schwung zu bringen. Ich werde nie eine Frau unter den Flüchtlingen in Hamburg vergessen, die es offenbar genoß, vor einem zahlreichen Publikum zu berichten, wie oft sie vergewaltigt worden sei.“ (S. 143)

Für die SED – gegen Kurt Schumacher

So schält sich denn immer deutlicher der wirkliche Gehalt des Antifaschismus von Frahm-Brandt heraus und wird vollends eindeutig bei der Betrachtung der KPD im Nachkriegsdeutschland.

„Diese Partei nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein.“ (S. 232) – „Die Kommunisten traten, wie gesagt, mit einem demokratischen Programm hervor.“ (S. 233) – „Auf dem wirtschaftlichen Gebiet waren die Vorschläge der Kommunisten nicht weitgehend. Sie waren im allgemeinen praktisch. Wo es um die Arbeitsprogramme ging, fand sich in Wirklichkeit kein größerer Unterschied zwischen den beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD).“ (S. 234)

Folglich werden die Bestrebungen, durch Zusammenschluß von KPD und SPD eine Sozialistische Einheitspartei in Deutschland zu errichten, ausführlich und wohlwollend geschildert. Denn

„die Beziehungen zwischen den beiden Parteien waren nicht die gleichen wie vor Hitler. Es gab viel Mißtrauen, doch es gab nicht den gleichen Kampf bis aufs Messer. Häufig ließen sich die Vertreter der beiden Parteien in Gewerkschaften, Kommunen und Länderverwaltungen in eine intime Zusammenarbeit ein. Die Kommunisten waren bereit, ihren Teil an der Verantwortung zu tragen. Ihre Vertreter waren nicht immer maßvoll, doch das waren die anderen auch nicht.“ (S. 235)

Frahm-Brandt verzeichnet mit Bedauern die beginnende Spaltung zwischen der SPD in Berlin mit Grotewohl und

der westlichen SPD mit Schumacher an der Spitze. Wo seine Sympathien liegen, sagt er offen:

„Die sozialdemokratischen Führer in Berlin ließen sich von der – wie ich es verstehe – richtigen Erkenntnis leiten, daß Deutschland nicht werde auferstehen und existieren können, wenn es nicht ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion erreichte. Einige von ihnen erhoben starke Kritik gegen Parteifreunde im Westen, in der Meinung, daß sie eine pro-englische, pro-amerikanische oder ‚separatistische‘ Haltung einnehmen. Man meinte, daß diese Haltung auch in der Tatsache ihren Ausdruck fand, daß diese Parteifreunde keinen Zusammenschluß mit den Kommunisten wollten und daß sie unverblümt mit Äußerungen auftraten, die gegen die Sowjetunion und deren Deutschlandpolitik gerichtet waren. Diese Kritik war nicht ganz aus der Luft gegriffen. Ich stelle beispielsweise fest, daß der sozialdemokratische Parteiführer in Hessen die russische Politik öffentlich angriff. Das war eine Kurzsichtigkeit, die kaum damit entschuldigt werden kann, daß von Berlin aus noch stärkere Vorwürfe gegen die Westmächte gerichtet wurden. Schumachers Fähigkeiten sind über jeden Zweifel erhaben. Er hatte einen guten Fragebogen nach zehn Jahren Konzentrationslager und Tortur. Aber Geschmeidigkeit ist vielleicht nicht seine stärkste Seite. Seine außenpolitische Orientierung schien ziemlich einseitig zu sein. Seine Haltung in der Einigungsfrage wirkte negativ.“ (S. 256 und 257)

Die positivste Leistung eines Sozialdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich die Verhinderung einer proletarischen Einheitsfront im Westen nach dem Muster der

SED, sie ist für Brandt ein tadelnswerter Fehler. Er verschließt die Augen vor der Erfahrungstatsache, daß ein Paktieren mit dem Kommunismus noch immer mit der Unterdrückung der nichtkommunistischen Partner endete. Er verschließt die Augen davor oder aber er wünscht dieses Endergebnis herbei, das seiner klassenkämpferischen Haltung insgesamt entspricht.

Brandt nimmt auch nicht zur Kenntnis oder er verschweigt es, daß eine kommunistische Partei in Deutschland gar nichts anderes sein kann als eine Vorhut der Sowjetherrschaft in Deutschland. Die Nationalisten, die er mit seinem Haß verfolgt, stehen für sich. Sie sind nicht stärker als ihre Zahl. Die Kommunisten aber haben die gesammelte Macht der Sowjetunion hinter sich. Sie sind die Partisanen des kalten und die Vorposten des heißen Krieges, und sie machen kein Hehl daraus. Brandt weiß das und hat mit seinem Urteil über Kurt Schumacher seinen alten politischen Standort erneut bestimmt.

BRANDT WIDERRIEF NICHT

Aber, so könnte Brandt einwenden, das war damals vor 24 Jahren. Er macht aber diesen Einwand nicht. Er hat sich nie von seinen damaligen Äußerungen distanziert. Er hat sein Urteil über Schumacher nicht bedauert. Im Gegenteil, als ihm im Wessely-Prozeß 1962 die Frage gestellt wurde, ob er auch heute noch den Gedanken einer Einheitsfront aus KPD und SPD, insbesondere für den Fall der Wiedervereinigung, vertrete, griff er nicht nach dieser Gelegenheit, um sich von seinen Jugendsünden ein für allemal loszusagen. Er verbat sich vielmehr diese Fragestellung und erreichte es, daß das Gericht sie nicht zuließ. Als der „Spiegel“ (1961 Nr. 12) den damaligen Bundeskanzlerkandidaten im Zusammenhang mit dessen Rot-Spanien-Wirksamkeit fragte: „Bekennen Sie sich noch zur Volksfront von damals?“, lautete Brandts Antwort: „Von damals – ja.“

Wem das nicht genügt, der braucht die „Leistungen“ des Außenministers und Kanzlers Brandt nur flüchtig zu überschauen, um an ihnen abzulesen, daß dieser Mann entweder in völlig verblasenen Illusionen schwimmt, von denen er sich selbst durch die tschechische Tragödie nicht abbringen ließ, oder daß er mit „kleinsten Schritten“, ja, mit „Millimeterarbeit“ seine alten unwiderrufenen Ziele verfolgt.

Denn es war Brandt, der den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad zuschanden machte

und sich noch dazu durch seinen Rotspanienfreund Blachstein einen Skandal einhandelte, der in der Geschichte der Diplomatie einmalig ist.

Es war Brandt, der Freund Allardt nach Moskau schickte, der die Deutschen aufforderte, sich vor den Sowjets ebenso in Sack und Asche zu hüllen, wie sie das gegenüber dem Westen bereits gewohnt sind; der zu der Sechs-Millionen-Zahl noch die Zwanzig-Millionen-Zahl hinzufügte.

Es war Brandt, der bei Abschluß des Handelsvertrages mit Prag sogar auf den Namen der Bundesrepublik verzichtete, der nicht auf konsularischen Befugnissen für die deutsche Handelsmission bestand, so daß deutsche Reisende in der CSSR heute ohne Schutz sind.

Es war Brandt, der die Intervention der fünf Ostpakt-Mächte in der Tschechoslowakei nicht als das krasse Ende seiner Entspannungspolitik begriff, der als erster seine Anbiederung an Moskau, Pankow und Warschau wieder aufnahm und der nicht empfand, daß der Termin der Moskau-Reise seiner Parteiliebe zum ersten Jahrestag der Besetzung Prags einen Schlag ins Gesicht der Reformer und einen Hohn auf seine eigene Politik bedeutete.

Es war Brandt, der durch sein Gerede von der „Respektierung der Oder-Neiße-Grenze“ oder von den „beiden politischen Ordnungen auf deutschem Boden“ Verhandlungen mit der Zone oder mit Polen überflüssig machte.

Es war Brandt, der zwar sagte, daß eine völkerrechtliche Anerkennung des Ulbricht-Regimes nicht in Betracht käme, der aber durch seine Erklärung von den zwei deutschen Staaten und durch seine Bereitschaft, mit den Führern des sowjetischen Kolonialregimes auf deutschem Boden zu verhandeln, diese Anerkennung de jure vollzogen hat. Mit der Anerkennung als Staat hat Brandt für Ulbricht mehr getan als Moskau, das durch die Breschnew-Doktrin

Mitteldeutschland die Existenz als souveräner Staat eindeutig abgesprochen hat. Auch die überwiegende Mehrzahl der nicht-kommunistischen Staaten hat dem SED-Regime bisher die Anerkennung als selbständiger Staat vorenthalten und damit mehr Rücksicht auf die Bundesrepublik Deutschland bewiesen als Bonn selbst.

Es war Brandt, der 1970 den Satz sprach: „Die deutsche Nation ist auf dem Boden Deutschlands in den tatsächlichen Grenzen von 1970 in zwei Staaten gegliedert.“ Wenn diese Floskel mehr bedeuten soll, als daß die tatsächlichen Grenzen von 1970 die tatsächlichen Grenzen von 1970 sind, dann kann damit nur verstanden werden, daß die Grenzen von 1914 oder 1937 überholt sind, daß selbst der Rechtsanspruch, den Jalta und Potsdam für Deutschland gelten ließen, preisgegeben wird.

Herbert Wehner, der als damaliger Komintern-Agent mit Brandt den Volksfront-Aufruf von 1936 gemeinsam unterschrieb, nannte in einem „Spiegel“-Interview vom 26. Januar 1970 diese Rechtsansprüche „Metaphysik“, mit der er sich nicht befassen wolle. Man müsse mit den „tatsächlichen Machtverhältnissen“ rechnen. Damit bleibt also nur noch das Faustrecht gegen das eigene Volk übrig.

Es war Brandt, der auf seine Angebote des Gewaltverzichts die Antwort aus Moskau erhielt, daß das Interventionsrecht der UNO-Charta gegen „Feindstaaten“ immer noch von den Sowjets in Anspruch genommen werden könne. Und es war Brandt, der durch Unterzeichnung des Atomsperrvertrages Deutschlands Technik und Wissenschaft einer dauernden Kontrolle durch die Sowjets aussetzt und die Verteidigung eines geeinten Europas für die Dauer in Frage stellt.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages geht Brandt noch über die Ruhrkontrollpläne des Jahres 1945 hinaus und

macht damit eine Entwicklung deutlich, die von der Weltöffentlichkeit nicht gern zur Kenntnis genommen wird: daß nämlich der status quo von 1945, den der Westen erhalten möchte, längst in breiter Front überrannt worden ist. Nach 1945 wurde ganz Festland-China der kommunistischen Diktatur unterworfen, gingen Nord-Korea und Nord-Vietnam verloren. Nach 1945 wurden zwölf mitteleuropäische Völker mit Täuschung und Terror in koloniale Abhängigkeit gezwungen. Nach 1945, erst jetzt in diesen Jahren, ist der Nahe Osten zu einer Drehscheibe der sowjetischen Politik umfunktioniert worden, zu einer Drehscheibe, von der sowohl die Ölzufuhr für Europa jederzeit abgeschnitten werden kann, als auch ganz Nord-Afrika mitsamt dem Mittelmeer zu einer höchst wirksamen Flankierung der europäischen Halbinsel ausgenutzt wird. Die Luft- und Marinebasen, die Amerikaner, Engländer und Franzosen in Ägypten, Libyen oder Algerien ausgebaut haben, werden Stück um Stück zu Stützpunkten der Roten Eskadra umgewandelt.

Der Ostsektor Berlins wurde lange nach 1945 aus der Viermächte-Verwaltung herausgebrochen, wurde militarisiert und durch die Mauer vom Rest der Stadt abgeriegelt. Der Kreml und Pankow fordern die Anerkennung West-Berlins als „besondere politische Einheit auf dem Boden der DDR“.

Bundeskanzler Brandt hat sich in seinen höchst dilettantisch geführten Verhandlungsangeboten an das sowjetische Kolonialregime unter dem Sowjet-General Ulbricht in eine so unheilvolle Situation hineinmanövriert, daß er schließlich das Verbot Ulbrichts hinnehmen mußte, sich von West-Berlin nach Ost-Berlin zu begeben. Der Ausweg war Erfurt . . . mit dem unvermeidlichen Bußgang des Schuldlosen für die anderen Deutschen, dem Bußgang

nach Buchenwald, wo die Herren Mauermörder den Kranz des Bundeskanzlers unter den Klängen der Zonenhymne niederlegten. Die 96 000 „wertlosen nazistischen Leben“, die in Buchenwald von den Sowjets in den Jahren 1945 bis 1950 ausgelöscht wurden, fanden bei dieser Zeremonie keine Erwähnung.

Aber, so wurden wir getröstet, solange sie miteinander reden, schießen sie nicht. Der Trost war eitel. Zwei Tage nach Erfurt schossen die Gesprächspartner Brandts an der Berliner Mauer wieder einen Deutschen zusammen und machten damit deutlich, wie das einzige, das Brandt glaubt aushandeln zu können, menschliche Erleichterungen, in ihren Augen aussieht.

Die konzertierte Aktion der Brandtschen Ostpolitik hat bisher den Nachweis erbracht, daß weder in Erfurt, noch in Warschau, noch vor allem in Moskau auch nur die geringste Neigung zu irgendwelchen Kompromissen aufgetaucht ist. Die gesamte Last der Annäherung durch Wandlung wird also die Bundesrepublik auf sich nehmen müssen. Der Bundeskanzler hat am 7. Januar dieses Jahres im Bonner „Bulletin“ festgestellt, daß die Bundesrepublik bisher „einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit“ ausgewichen sei. Damit bekannte er sich zu seinen Forderungen von 1945/46, wo er einen „radikalen Bruch mit der traditionellen Politik“ verlangt und erwartet hatte. Noch deutlicher heißt es im „Bericht zur Lage der Nation“ vom 14. Januar, daß uns „die Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft in Ost und West zu Reformen zwingen“, wobei gewisse „Erfahrungen und Leistungen“ des SED-Regimes zur Geltung kommen müßten.

Brandt, befangen im dialektischen Materialismus, übersieht, daß der Mensch seine Umwelt schafft und nicht von

einer autonomen, schicksalhaften Wirtschaftsentwicklung bestimmt wird. Er übersieht aber auch, daß die Manager des Ostblocks technische Errungenschaften nur übernehmen, um ihre politischen Ziele umso nachhaltiger zu verfolgen. Sie denken nicht daran, ihr Staats-Plan-System preiszugeben oder auch nur zu lockern, weil der Plan für sie nicht eine ökonomische Methode bedeutet, sondern die totale Herrschaft über die total abhängigen Menschen und Völker ihres kolonialen Imperiums.

Annäherung durch Wandlung heißt also: einseitig radikale Umwandlung der Bundesrepublik zwecks Anpassung an das bolschewistische Muster und Unterwerfung unter Moskaus Führungsanspruch.

BRANDT UND DIE FOLGEN

An allen vier Fronten seiner Ost- und Deutschland-Politik, Moskau, Warschau, Prag und Pankow, steht Brandt auf verlorenem Posten. Er spricht zwar dauernd von der Anerkennung der bestehenden Realitäten, als wäre es nicht die Aufgabe jeder Politik, Realitäten zu schaffen und ständig neu zu gestalten. Er sieht aber nur die vordergründigen Tatsachen und schwimmt, was die Ursachen angeht, in einem Meer von Illusionen.

In Moskau erkennt er, daß die Sowjet-Führung den Status quo nicht erhalten will, sondern daß sie ihn seit 1945 ständig vorwärts geschoben hat und heute dabei ist, ihn weiter nach vorn zu verlagern. Brandt erkennt die Moskauer Dynamik, die nicht erst 1917 erfunden wurde, sondern seit 300 Jahren mehr als drei Viertel des Weges zum Atlantik vorwärts marschiert ist.

In Warschau glaubt Brandt Versöhnung suchen zu müssen, obgleich es an der kommunistischen Führung Polens wäre, in Bonn zu antichambrieren, um Gegenleistung für Landraub, Massenmord und Vertreibung anzubieten. Denn Polen hat im Jahre 1918 dem geschlagenen Deutschland durch Betrug, Fälschung und Gewalt ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes entrissen und eine rein deutsche Stadt, Danzig, unter seine Oberhoheit gezwungen. Polen hat damals in einem seiner zahlreichen Anfälle von Größenwahn mehr als ein Drittel fremdvölkischer Gebiete der Litauer, Weißruthenen, Ukrainer und Deutschen seinem Staate einverleibt und mehr als eine Million Deutscher vertrieben.

Polen verwarf 1939 das allseits als großzügig betrachtete Ausgleichsangebot des Reiches zur Lösung der Danzig- und Korridor-Frage und antwortete mit der Mobilisierung der Armee und mit erneutem Terror gegen die deutsche Minderheit. Polen wählte den Krieg, als England ihm die Entscheidung über Krieg oder Frieden in die Hand drückte.

Polen hat 1945 wiederum das geschlagene Deutschland um ein weiteres Fünftel seines Territoriums beraubt und sich an den wehrlosen Einwohnern dieser Gebiete in einer Orgie des Massenmordes ausgetobt. Und heute ist es wiederum Polen, das unter Bruch des Potsdamer Abkommens diese Gebiete, über die erst in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland bestimmt werden soll, als sein Eigen betrachtet und von den Deutschen verlangt, sich zu ihren Ungunsten an dem Bruch des Potsdamer Abkommens zu beteiligen und den Raub rechtlich anzuerkennen.

Dieser groteske Wahnsinn konnte nur Wirklichkeit werden, weil ein Vierteljahrhundert systematischer Gehirnerschütterung die Tatsachen verwischt und auf den Kopf gestellt hat. Keine deutsche Regierung seit 1945 hat ernstlich den Versuch unternommen, sie wieder ins Lot zu bringen. Man ließ sich von den Umerziehern in eine Schwelgerei der Kollektivschuld- und Schamgefühle versetzen, ohne zu bedenken, daß jedes Wort der Selbstbezichtigung von der anderen Seite nicht mit großmütigem Verzeihen belohnt, sondern in harte und konkrete Forderungen umgemünzt werden würde.

So läuft der Buß- und Betgang nach Warschau folgerichtig in eine Summe neuer wirtschaftlicher Forderungen Polens aus, mit denen Landraub und Massenmord auch noch bezahlt werden sollen.

P r a g verlangt, daß die Bundesregierung das Münchener Abkommen als von Anfang an nichtig betrachtet. An dieser Forderung ist alles unreal. Denn erstens ist das Münchener Abkommen nur der technische Vollzug eines Abkommens, das Prag zuvor mit London und Paris getroffen hatte. Zweitens kann ein vollzogener und erfüllter völkerrechtlicher Vertrag durch keine menschlichen Bemühungen aus der Welt geschafft werden. Und drittens wäre die Ungültigkeitserklärung einer Maßnahme, durch die zwanzig Jahre zu spät das Selbstbestimmungsrecht der Sudeten-deutschen verwirklicht wurde, ein offener Hohn auf die Demokratie, d. h. das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sie wäre die Anerkennung der nackten Gewalt.

Die Anerkennung des **S E D - R e g i m e s** schließlich als zweiter deutscher Staat wäre eine Verkennung der Tatsache, daß in Pankow keine Deutschen über Deutsche regieren, sondern ein Sowjet-Bürger und Sowjet-General namens Ulbricht eine Diktatur über die unterworfenen und durch die Mauer-Minen-Mordgrenze eingekerkerten Zonen-Insassen ausübt. Mit der Breschnjew-Doktrin ist diesem Zwangsregime der Charakter eines souveränen Staates ausdrücklich aberkannt worden.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze („Die Bundesregierung und die Regierung der Volksrepublik Polen stellen fest, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Integrität des polnischen Territoriums auch künftig achten“. So lautet die von Staatssekretär Duckwitz den Polen vorgeschlagene Anerkennungsformel), die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens und die Anerkennung des Ulbricht-Regimes als zweiter deutscher Staat werden politische und materielle Folgen haben, die kaum übersehbar sind. Wenn man diese Dinge in Bonn

als Zwirnsfäden betrachtet, über die man hinwegmarschieren müsse, dann sollte man doch darüber nachdenken, warum die Ostblock-Politiker, die gewiß keine Paragraphen-Metaphysiker sind, so entscheidenden Wert auf die Beachtung dieser Zwirnsfäden legen.

Es ist kein Wunder, daß nicht nur im Westen, sondern auch im nutznießenden Osten einer Politik mit Mißtrauen begegnet wird, die für Westdeutschland nicht nur völlig nutzlos, sondern auch voller künftiger Gefahren ist. Man mißtraut Bonn und sucht nach den Hintergründen, die man nicht begreift. Sie sind in ihrem Widersinn tatsächlich schwer zu begreifen, wenn nicht hin und wieder aus be-rufenem Munde Aufschlüsse gegeben würden, wie z. B. jüngst von Egon Bahr, dem Vertrauten und Moskau-Befauftragten Brandts.

Egon Bahr gab dem amerikanischen Zionisten Leo Kat-cher ein Interview, in dem er erklärte, das Programm der SPD gehe von der Voraussetzung aus, daß Deutschland 1945 befreit worden sei. Die Mehrheit der deutschen Be-völkerung sei freilich der Ansicht, Deutschland sei besiegt worden. Denn

„die meisten der Deutschen waren entweder Nazis, unterstützten die Nazis oder waren gewillt, die Nazis zu akzeptieren, weil dies sicher und nutzbringend war“.

Die Sühnebemühungen der Regierung wären für weite Kreise keine moralische Angelegenheit, sondern Tribut, der ihnen abgepreßt werde, weil sie besiegt seien. Der Antisemitismus bestehe in der Bundesrepublik immer noch.

Nach dieser Feststellung Egon Bahrs klappt also zwischen Regierung und Volk in der Bundesrepublik Deutschland

eine tiefe Schlucht. Befreit oder besiegt, das ist ein sehr grundsätzlicher Gegensatz. Eine befreite Regierung in einem besiegten Volk, das ist zwar im Osten der Regelfall, in der demokratischen Welt aber eine aparte Erscheinung. Sie paßt zur Meinung Frahm-Brandts, der in seinem berühmten Buch (S. 9, siehe auch Anhang) schrieb:

„Die Okkupation erfüllte in erster Linie die Aufgabe, einen Pestherd zu isolieren“.

Wie Frahm-Brandt heute darüber denkt, hat er dem amerikanischen Nachrichten-Magazin „US-News and World Report“ (Ausgabe vom 29. Dezember 1969) anvertraut:

„Auch ich habe die Last der Vergangenheit zu tragen. Aber andererseits bin ich in einer etwas anderen Lage, weil ich als aktiver Anti-Nazi auf der Seite jener stand, die versuchten, die Lage zustande zu bringen, die 1945 folgte. Ich kann nicht mit der Nazi-Periode identifiziert werden“.

Niemand wird Frahm-Brandt mit der „Nazi-Periode“ identifizieren. Er hat nicht wie das ganze deutsche Volk in verzweifelter Anstrengung gegen das angekämpft, was 1945 über uns und die ganze Welt kam. Er hat auf der Seite jener gestanden, die dieses Ergebnis zustande brachten. Am 8. Mai 1945 verkündeten die Besatzungsmächte in Deutschland:

„Das deutsche Volk hat begonnen, für die schrecklichen Verbrechen zu büßen, die unter der Führung derjenigen begangen worden sind, denen es in der Stunde ihres Erfolges offen zugestimmt und blind gehorcht hat“.

Nach 1945 folgte der Mord an vier und einer halben Million

Deutschen in Kriegsgefangenschaft und bei der Austreibung, der Massenmord an ungezählten Esten, Letten, Litauern, Polen, Bulgaren, Rumänen, Ukrainern, Russen, Kaukasiern und Tataren. In Frankreich gab es 105 000 Tote der Eputation, kommunistische Partisanen brachten zwischen 200 000 und 300 000 Italiener um. In China rechnet man mit 20 bis 30 Millionen ermordeter Klassenfeinde. Der Widerstand der Völker in der ganzen Welt gegen die kommunistische Versklavung wurde nach 1945 in einem Meer von Blut ersäuft.

Moskaus Herrschaft über zwei Drittel Europas war die Lage, die nach 1945 folgte. Der 17. Juni 1953, Polen und Ungarn 1956, Prag 1968, Korea- und Vietnam-Krieg, Kambodscha, Laos und der Nah-Ost-Konflikt — all das wucherte aus dem Abgrund, der 1945 aufgerissen wurde.

Wer sich um die Jahreswende 1969/70 noch zu dieser Lage bekennt, von dem nimmt es auch nicht wunder, daß er in jenem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift sagte:

„Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, von Wiedervereinigung zu reden“.

Damit wird das Schicksal Deutschlands besiegelt, zwangsläufig aber auch das Schicksal der resteuropäischen Völker. Die Hilfe der USA, in deren atomarem Schutz sich Resteuropa noch sicher wähnt, wird täglich um so fragwürdiger, je mehr die Fünfte Kolonne des weltrevolutionären Umsturzes sich dort ausbreitet und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der nur noch zweitstärksten Atommacht der Erde lähmt.

Die Anerkennung der heute gegebenen „Realitäten“ schließt zwangsläufig auch die Anerkennung der in ihnen liegenden Entwicklungen in sich. Diese Anerkennung ist keine Politik, sie ist Verzicht auf Politik, sie ist Preisgabe

der eigenen Nation an fremde Kräfte, die Politik treiben, d. h. die Realitäten schaffen und in ständigem Anrennen unermüdlich neu gestalten. Eine Friedensforschung, die glaubt, diesen immerwährenden Lebensprozeß aus der Welt diskutieren zu können, ist ebenso Realitäten-fern wie die Ostpolitik der Regierung Brandt. Oder aber Brandt und seine Mannschaft wissen, was sie tun, und gehen ihren Weg als Befreite des 8. Mai 1945 konsequent weiter.

Es bleibt die Frage, die ein jeder aufgrund der vorgelegten Brandtschen Selbstzeugnisse im Zusammenhang mit seiner heutigen hektischen Aktivität für sich beantworten oder offen lassen mag: Ist Frahm-Brandt, der die kommunistische Mentalität aus lebensnahem nächstem Umgang kennt, wirklich so naiv, zu glauben, daß die Erfüllung sämtlicher Forderungen aus Moskau, Warschau, Pankow oder Prag zu etwas anderem führt als zu neuen Forderungen, zum weiteren Vorprellen von den neu erreichten Fronten, oder strebt er mit kleinen und großen Schritten auf das alte Ziel zu, das er kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in einem Brief an die „werten Genossen“ im ZK des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands mit den Worten bestimmte:

„Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf . . . Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen.“

ANHANG

Fotokopien einiger Seiten der norwegischen Original-Ausgabe von Brandt „Forbrytere og andre Tyskere“. Diese Seiten werden hiernachfolgend als dokumentarische Beweise wiedergegeben. Die Übersetzung wesentlicher Aussagen dieser Seiten befinden sich mit Seitenangabe in der vorliegenden Broschüre.

I. ET STORT PROBLEM

Herrefolk eller forbrytergjeng?

Etter Tysklands betingelsesløse kapitulasjon fulgte dets totale okkupasjon.

Die Wehrmacht var knust og dens rester ble avvæpnet. Nazi-organisasjonene var gått i oppløsning — Hitler hadde ekskludert både Göring og Himmler før han tok livet av seg. Noen tysk regjering fantes ikke lenger etter at den tragikomiske epilogen i Flensburg var avviklet. Den tyske stat hadde opphørt å eksistere. Administrasjonen, kommunikasjonene og forsynings-tjenesten var slått i stykker. Nazi-lederne etterlot seg ruinhauger, et bankerott næringsliv, rotløse og apatiske mennesker. Sammenbruddet var virkelig «einmalig», uten sidestykke i moderne historie. De allierte seiersmakter måtte overta konkursboet. Det ville blitt verst for Tyskland om de hadde latt være. Da ville det blitt en alles kamp mot alle. Oppløsningen ville ha nådd sin ytterste konsekvens.

Okkupasjonen fylte i første omgang den oppgave å isolere en pestkilde. Men dermed var ikke problemet løst. I de alliert-okkuperte områder midt i Europa bodde det fremdeles over 60 millioner tyskere. I går «herrefolk», i dag tiggerfolk.

Hitler — og andre for ham — hadde prøvd å innbille tyskerne at de var kalt til å være Europas og verdens herrer. Han greidde å rekruttere historiens største og farligste forbrytergjeng. Da han forsvant, var herrefolk-aspirantene blitt fanger, tiggere eller — i beste fall — beboere av et stort fattighus.

Nazismens påstander er blitt redusert in absurdum. De vanvittige ambisjoner sluttet med et voldsomt fall. De som dro ut

„Herrenvolk oder Verbrecherbande?“

Die erste Textseite des Buches Forbrytere og andre Tyskere

ET STORT PROBLEM

er en dristig forhåpning så kort tid etter Maidanek, Belsen og Auschwitz.

Jeg har overbevist meg om at Tyskland trass i alt som har skjedd, rår over krefter som kan sikre landet en fredelig og demokratisk framtid. Det avhenger ikke bare av tyske faktorer om disse krefter får overtaket. Den historiske utviklings hovedlinje blir fremdeles mange ganger krysset av motstridende tendenser. Den endelige utgang står kanskje skrevet i stjernene, iallfall ikke i denne bok.

Alle tyskere var ikke med i forbrytergjengen, «tyskeren» som sådan er ikke noen forbryter. Men jeg mener samtidig at den tyske gjenreiseing aldri blir noen nyreiseing hvis man går av veien for ansvar og skånselsløs oppriktighet. Nyreiseingen kan ikke begynne med ønsketenking og løgn. En løgn ville det imidlertid være om man påsto at de nazistiske overfallsmenn og torturister ikke hadde en meget stor del av folket bak seg. Det ville være i strid med sannheten om noen prøvde å benekte at tolv års nazistisk propagandamonopol har etterlatt seg sterke spor i tyskernes bevissthet. Ønsketenking ville det være å hevde at noen bestemt gruppe eller noen klasse har vært immun for den nazistiske gift. Det er sant at kirkene la for dagen en viss uavhengighet og opposisjon mot totalitetskravet. Men det var dog svært mange prester som velsignet både overfallskrigen og hakekorflaggene. Det er sant at arbeiderne har vært mer immune enn andre lag. Men nazismen vant tilhengere og opportunistiske medløpere også blant arbeiderbevegelsens tillitsmenn. Mer enn én av dem som en nesten kunne svoret på ville blitt immune, var gått på akkord med sin samvittighet ved å skaffe seg en nazistisk medlemsbok — i tiden 1940—42. Og mange er de som visste mer enn de i dag vil innrømme. Jeg er ikke sikker på de kunne utrette stort med sin viten. Men i en eksistens-krise som den tyskerne gjennomlever, kreves det først av alt sannferdighet og ansvar.

Tiden etter tapte kriger har tidligere vært gro-tid for tysk kultur. Årene etter den første verdenskrig dannet ingen unntagelse fra denne regelen. Nederlaget framkalte både progressive og reaksjonære krefter. Feilen var at reaksjonen slapp altfor

Jeg har aldri kunnet opparbeide noen begeistring for dødsdommer. Men slik som den verden vi levde i nå engang var, regnet jeg med at det ville bli nødvendig å utsette et ganske stort antall verdiløse nazistiske liv. På samme tid ga jeg uttrykk for den oppfatning at «vansittartistene» ville komme til å skjelve på hånden når dommene skulle fullbyrdes, ikke bare mot nazilederne og gestapobødrene, men også mot deres hielpere blant generalene og generaldirektorene. Slik har det også gått.

Den gjengse vansittartisme var ikke ute etter lik. Dens egentlige program var umyndiggjøring og ydmykelse. Tyskland skulle holdes okkupert i lange tider og settes under varig internasjonal politibevoctning. Under fremmed kommando skulle man oppfostre tyskerne til å bli demokrater og fredsvenner. De skulle tvangsoppdras til å «bli lykkelige». Det har liten interesse i denne forbindelse å komme inn på alle detaljforslag som ble satt fram i årenes løp. Noe som stadig vendte tilbake, var framlegg om å stykke Tyskland opp i mindre stater. Ellers ble hovedvekten lagt på åtgjerder som skulle svekke dets økonomiske potential. Disse åtgjerder ble gjerne betegnet som økonomisk avvæpning. Ofte var imidlertid det som ble foreslått utslag av ren og skjær økonomisk interessepolitikk.

Mange talsmenn for den vansittartistiske skole var også mindre opptatt av et alvorlig oppgjør med nazistene og militaristene, enn av forslag som tok sikte på å snevre inn eksistensgrunnlaget for Tyskland etter Hitler. Omskolings-projektene var ofte nokså fantastiske. Det het seg at man aktet å skape et «mindre, svakere og snillere Tyskland». Men i realiteten var det slik at den vansittartistiske propaganda vanskeliggjorde løsnin-gen av det tyske problem. Jeg er fast overbevist om at denne propaganda og den innflytelse den fikk på de alliertes politikk under krigen, ikke har bidradd til å forkorte krigen med ett minutt. Det motsatte torde være tilfelle. Tyskerne ble sveiset sammen. Opposisjonen fikk ingen oppmuntring. De allierte statsmenns handlefrihet snevret inn ved den psykose som oppsto. De torde ikke innlate seg på dristige forsøk når det gjaldt den politiske krigføring. Det ble ikke etablert noen virkelig kontakt mellom de allierte og den tyske anti-nazistiske opposisjon, som

ET STORT PROBLEM

heten bare hadde fem rolige år på seg, fra 1924—25 til 1929—30 — spilte fallitt ved sin splid, sin unnfalldenhet og evneløshet. Men var det ikke akkurat det samme som fra 1933 til 1939 gjentok seg i internasjonal målestokk? Tyskerne får bære sitt ansvar. Men det tjener ingen fornuftig hensikt å ville gjøre dem til «Prügelknaben» for forhold som de ikke hadde noen makt til å øve innflytelse på.

Nazistene — i Tyskland og i andre land — er *skyldige*. Nürnberg har rullet opp et skyldkompleks som overgår den vildeste fantasi. Skyldige er ikke bare partilederne og gestapo-terroristene, men også de grupper av junkere, storindustrielle, generaler, byråkrater og professorer som var med på å slippe terroren og krigen løs. Disse grupper må sjaltes ut, de må fratas sin samfunnsmessige innflytelse hvis det skal være håp om å bygge opp en tysk rettsstat, et solid anti-nazistisk folkestyre.

Antinazistene -- de virkelige, demokratiske antinazister, ikke antinazismens desperadoer og de senkomne opportunisten -- er ikke skyldige. Men de kan ikke unndra seg medansvaret for at Hitler kom til makten. De kan heller ikke komme unna følgene av den nazistiske mordpolitikk. De må være klar over at deres virke *ennå* i lange tider vil bli fulgt av mistenksomme blikk. De kan ikke vente å få noen blanko-fullmakter. Tillit kan man ikke tiltvinge seg. Den må vinnes, ikke ved ord, men ved handling, ved overensstemmelse mellom ord og handling. De tyske demokrater må på den annen side kunne vente at man ikke nekter dem enhver *sjanse*.

Mellom nazistene og antinazistene står den store masse av mer eller mindre indifferente. Deres ansvar er stort. Men det er ingen mening i å ville pålegge dem en urimelig skyld. En skyldkjensle som man søker å påtvinge utenfra, er ikke den heldigste start for en omskolering. Derimot er det ingen grunn til ikke å la dem høre — helt til de skjønner det — hvilket ansvar de har pådratt seg nettopp ved sin likegyldighet og underdanighet. Jeg er ikke overbevist om at dette oppnåes best ved straffeåtgjerdelser som utfordrer til selvforsvar og kanskje også avler nytt hat. Men jeg mener slett ikke at noen skulle vært spart for å se filmene fra Buchenwald og Belsen. Ikke for å få

ved Gud ingen quisling-avis. De to redaktører var kommet til Tyskland ved de alliertes hjelp. Hvordan skulle de ellers ha kommet hjem? Han som reiste fra Stockholm før krigen sluttet, gjorde rede for sitt aktivt anti-nazistiske arbeid da han kom til den by hvor han skulle bo. Resultatet var at han ble valt til partisekretær.

Det slo meg at det problemet som hadde beskjeftiget emigrantkretser i Stockholm og andre steder, faktisk ikke eksisterte i selve Tyskland. Jeg regner ikke med nazistene. Blant anti-nazistene betraktet man det som den mest naturlige sak av verden at folk overtok funksjoner i samråd med og etter formell bekreftelse av de allierte militærregjeringer. Det var en realistisk måte å se tingene på. Noen tysk regjering fantes ikke. Militærregjeringen var den eneste myndighet som kunne sette inn nye folk i administrasjonen. Antinazistene trakk derav den fornuftige slutning at det gjaldt å sørge for at de rette menn ble anbrakt på de rette plasser. For det var jo slik at militærregjeringene handlet på vegne av de allierte stormakter som hadde knust hitlerismen. De hadde bombet Tyskland, men de hadde ikke overfalt det. De var ikke nazister, hva de enn ellers kunne være.

Blant den øvrige tyske befolkning — de mange passive og indifferente — kunne en nok støte på atskillig kritikk av de nye myndigheter som ble utnevnt av de allierte. Men kritikken berodde som oftest ikke på at vedkommende var oppnevnt av de allierte. Det nasjonale moment spilte til å begynne med praktisk talt ikke noen rolle. Tvert om, det var tendenser i retning av at nasjonalismen ble avløst av holdningsløshet og selvoppgivelse. Det utelukker ikke at nasjonalistiske argumenter kan komme til å spille en rolle på et senere tidspunkt. En viss forskyvning i den retning har allerede kunnet spores.

Foreløpig har hovedtendensen imidlertid vært en annen. Det var slik at tyskerne gikk til militærregjeringen selv etter at de hadde fått tydelig beskjed om at de skulle henvende seg til vedkommende tyske kontor. Det gjorde et visst inntrykk på meg hva jeg så ved militærregjeringens bygning da jeg kom til Bremen i begynnelsen av november 45. Huset ble bevoktet av det nye tyske politi. Det var det første. Og det annet var at disse tyske

representanter fra vest i «østsonens såkalte rikskongress», så betydde det at de stilte seg utenfor partiet. På samme måte så også de fleste tillitsmenn i den britiske sone på det foreliggende spørsmål. Det var heller ikke tvil om at vedtakene ga uttrykk for stemningen blant det store flertall av de organiserte sosialdemokrater i vest.

Det fins en rekke årsaker til den mildest talt forvirrede situasjon som var oppstått. Den viktigste årsak er imidlertid etter min mening ikke av indre tysk natur, situasjonen er en følge av Tysklands oppstyking i fire soner, hvor okkupasjonsmaktens politikk ofte er ganske forskjellig.

Jeg har allerede påvist at det da krigen sluttet, fantes en meget sterk trang til samling. Soneoppkløvingen hadde den gangen ennå ikke gjort seg gjeldende. Da parti-apparatene fikk stabilisert seg, ble de gamle motsetningene vakt til live igjen. Nye kom til. Sosialdemokratene i vest inntok gjennomgående en kritisk holdning til forholdene østenfor Elben. Alle var enig om at man burde gå inn for lojalt samarbeid med de allierte. Når det ikke forelå noen virkelig enighet blant okkupasjonsmaktene, medførte det imidlertid at det nye tyske partilivet ble preget av de alliertes innbyrdes konflikter. Sosialdemokratiet fikk en temmelig utpreget «vest-orientering». Kommunistene var til gjengjeld «øst-orientert».

Russiske representanter spilte åpenbart en viss rolle ved tilretteleggingen av enhetspolitikken i øst. På den annen side er det nok et faktum at de engelske myndigheter i vest ikke ønsket noe enhetsparti. Amerikanerne og franskmennene lot heller ikke til å være særlig begeistret for denne planen, som de mente ville gi Sovjet-Samveldet større innflytelse. Dette medførte at den gjenreiste tyske arbeiderbevegelse ble delt opp ikke så meget i «revolusjonære» og «reformistiske» sosialister som i et øst- og et vest-parti. Det var fare for at man ved denne oppdeling kom til å stabilisere sonegrensene istedenfor å fjerne dem.

De sosialdemokratiske ledere i Berlin lot seg lede av den — etter hva jeg forstår riktige — erkjennelse at Tyskland neppe ville kunne gjenoppstå og eksistere hvis det ikke oppnådde et vennskapelig forhold til Sovjet-Samveldet. Noen av dem reiste sterk kritikk mot partifeller i vest fordi man mente at de inntok en pro-

engelsk, pro-amerikansk eller «separatistisk» holdning. Man mente at denne holdning også kom til uttrykk i det faktum at disse partifeller ikke ville ha noen samling med kommunistene og at de **rett** som det var kom med uttalelser som var rettet mot Sovjet-Samveldet og dets politikk overfor Tyskland.

Denne kritikk var ikke helt grepet ut av luften. Jeg la f. eks. **merke** til at den sosialdemokratiske partiformann i Hessen offentlig angrep den russiske politikk. Det var et kortsyn som neppe kunne unnskyldes med at det fra Berlin ble rettet enda sterkere bebreidelser mot vestmaktene. Schumachers evner var hevet over enhver tvil. Han hadde et godt rulleblad etter ti års kosentrasjonsleir og tortur. Men smidighet var kanskje ikke hans sterkeste egenskap. Hans utenrikspolitiske orientering syntes å være temmelig ensidig. Hans holdning til samlingsspørsmålet virket negativ.

8. februar møttes Schumacher og Grotewohl i Braunschweig. Der ble det gitt beskjed om at samlingsspørsmålet var «avgjort» og skulle løses i nær framtid. Hvis de andre ikke ville være med, **skulle** østsonen holde sin egen kongress. Schumacher sa: «Først kommer riket, så partiet». Han mente at noe landsomfattende parti kunne det ikke bli så lenge den strenge sone-delingen sto ved makt. Han fikk det inntrykk at tillitsmennene i øst hadde måttet forplikte seg til å framskynde saken og at de russiske myndigheter ikke under noen omstendighet ville ha noe kommunistisk valgnederlag, som i Ungarn og Østerrike. Dessuten ble det lagt fram en hel del materiale som skulle bevise at samlingsprosessen foregikk under press. De som hadde en annen oppfatning, hadde vanskelig for å komme til orde. I visse tilfelle tydde man også til forholdsregler av politimessig art.

«Hannover» — dvs. den sosialdemokratiske ledelsen i vest — hevdet at mange av sosialdemokratene i øst ikke var enige i samlingen på de foreliggende premisser. Noen steder skulle 90 prosent være imot. Fra øst ble det svart at 99 prosent var for. Sannheten lå kanskje midt i mellom. I Berlin var det iallfall 80 prosent av tillitsmennene som stemte mot Grotewohl og hans enhets-forslag. De forlangte ur-avstemning. Det kan ikke være tvil om at en god del av motstanden, bortsett fra andre årsaker, skyldtes hendinger i samband med de faglige valgene.

enger Zusammenhang besteht. Dabei hat vor allem Brandts Kritik an Kurt Schumacher, der das Zustandekommen einer Volksfront in Gesamtdeutschland seinerzeit verhinderte, überzeugende Beweiskraft. Diese Kritik an Schumacher enthüllt Brandts eigenen Standpunkt unausweichlich.

Brandts überaus herzliche Aufnahme im England der Labourregierung Wilsons in den ersten Märztagen 1970 wurde am 5. März vom Kommentator des Nordwestdeutschen Rundfunks damit erklärt, daß Brandt ein deutscher Politiker mit einwandfreier Vergangenheit sei. Aus der hier vorgelegten Broschüre geht nunmehr mit aller wünschenswerten Klarheit auch hervor, was man im NWDR unter einwandfreier Vergangenheit versteht: ein zielbewußtes Wegbereiten einer Volksfrontentwicklung.

NATIONAL-VERLAG
HANNOVER

